DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 32 ab Samstag, 9. Januar 2021 bundesweit. Verkaufspreis 50 Cent mit Verwendungszweck Crowdfunding bitte an KDW e.V. DE72 1101 0100 2235 4091 57

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

Die 32. Ausgabe der auflagenstärksten deutschen Wochenzeitung nach BamS. Wir bringen Licht ins Dunkel in Zeiten der totalitären Staats- und Konzernpropaganda! INHALT ERSTES BUCH: • Der Jurist Ralf Ludwig erhält den Preis der Republik, Seite 2 • Philosoph, Dokufilmer und Autor von »Minima Mortalia«: Werner Köhne! Kolume Seite 2, Interview Seite 15 • Medizinanwältin Beate Bahner im Interview, Seite 3 • Statistik zur Fake-Seuche, Seite 3 • Politik auf Panoramaseiten 4 und 5 • Demokratiebewegung mit Demokalender, Seiten 6 und 7 • Polizei wehrt sich, Seite 7 • Immunsystem stärken mit Vitamin D, Seite 8 • Burak Erbasi und Nicolas Riedl über die »Demo der Fähigkeiten«, Seite 8.

Wir machen auf!

HÄNDLER ÖFFNEN IHRE PFORTEN. SIEHE SEITEN 3, 4, 9 UND 15 DIESER AUSGABE

INHALT ZWEITES BUCH
• Zum Biopolitik-Terror schreibt Hermann Ploppa, Seite 9 • Krankenversicherungen vor dem Bankrott, Seite 10 • Exklusiver Vorabdruck »Meine Pandemie mit Dr. Drosten« von Walter van Rossum, Seite 11 • Zum Versagen des öffentlich-rechtlichen Medienkomplexes von Casey Koneth, Panoramaseiten 12/13 • »Great WeSet« von Alexandra Motschmann; Demokratische Gewerkschaft, Seite 14 • Feuilleton Seite 15 • Dafür! Grundgesetz Seite 16

Revolution in den USA

Das Volk begehrt auf für Grundrechte und Pressefreiheit | ale/DW

20.000 Amerikaner aus Mittelschicht und Arbeiterschaft besetzten am Mittwoch in der US-Hauptstadt Washington das Kapitol, Sitz der Bundesparlamente. Die Polizei erschoss dabei vier Menschen. Im Gebäude hatte der vermeintliche Wahlsieg des Präsidentschaftsanwärters Joseph Biden festgestellt werden sollen. Dessen Wahl wies extreme Unregelmäßigkeiten auf, eine Flut von Klagen ging ein. Biden gilt als Marionettenkandidat der Kriegs-, Pharma- und Medienkonzerne. Der amtierende Donald Trump geht von »Wahlbetrug« aus, rief aber zum friedlichen Rückzug auf. Der launenhafte Trump ist der erste Präsident seit James Carter (bis 1975), der keinen Krieg begann. US-Revolutionäre nahmen der Konzernpresse vor dem Capitol am Mittwoch die Materialien ab. Im Jahr 2000 hatte bereits eine Wahlfälschung stattgefunden: Die Ära George W. Bush begann.



Foto li: Paul McLeod

US-Revolutionäre am Mittwoch vor dem Capitol mit Materialien der Kriegspresse: »Fake News!«



Fotos: DW/Steve Schramm

Humor: Leser des Andrucks dieser Zeitung vor Berliner Kaufhaus.

Die Politiker haben gelogen

Regierung will den Mittelstand abschaffen | *von Hermann Ploppa*

Jetzt wehren sie sich: Einzelhändler. Gastronomen. Hoteliers. Wellness- und Kosmetikstudiobesitzer. Sie alle wollen am kommenden Montag ihre Läden wieder öffnen. Trotz »Lockdown«. Der Rosenheimer Wintersportartikelhändler Udo Siebzehnrübl (CSU) rief als erster dazu auf, sich die Strangulierung des gewerblichen Mittelstands nicht mehr länger gefallen zu lassen. Damit werden Siebzehnrübl und alle Unternehmer, die seinem Beispiel folgen, womöglich harte Ordnungsstrafen auf sich nehmen müssen. Doch warum sollen die Mittelständler weiter folgsam sein?

Gesundheitsminister Spahn und der SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil hatten den Unternehmern noch im letzten September hoch und heilig versprochen: »Einen zweiten *Lockdown* wird es nicht geben!« Die Politiker haben gelogen. Und es kauft ihnen kein denkender Mensch ab, dass eine Schließung von Einzelhandelsgeschäften die Verbreitung von Viren verhindern kann: »Es ist ganz klar erwiesen, dass der Einzelhandel nicht verantwortlich ist für die Corona-Pandemie und auch nicht helfen kann, die Pandemie zu reduzieren. Darum werde ich auch am Montag meine Geschäfte aufsperren!«, so Siebzehnrübl. Schon am Dienstag hatten sich auf der Telegramseite »Wir machen auf!« über 50.000 Mitstreiter eingetragen. Siebzehnrübl wurde mittlerweile unter Druck gesetzt und schränkte seinen Aufruf ein — aber die Aktion steht!

Weiter Wirtschaft Seite 9

Großer Jurist

LAUDATIO ***Preis der Republik geht an Ralf Ludwig.***



Wer kennt noch große Juristen, die über die Karrierezusammenhänge ihres Herrschaftsfachs hinausblicken, die eine ethische Qualifikation, Intelligenz und Mut haben? Wer steht für *Fairness* und Gerechtigkeit ein?

Da gibt es einen ganz großen Juristen in unserer Gegenwart: Das ist der Rechtsanwalt Ralf Ludwig. Er setzt sich als »Querdenkeranwalt« für das Grundgesetz ein, für Verhältnismäßigkeit, für Aufklärung. Wie die gesamte deutsche Demokratiebewegung geht er seit Frühling 2020 friedlich voran, um den Bürgerkrieg, der vom Corona-Regime einkalkuliert, geradezu beabsichtigt ist, noch zu verhindern und zur Verständigung beizutragen.

Bei aller Arbeit für den Frieden im Lande wird Ludwig nicht müde, die Missstände anzuprangern. Der Problemfall an der Spitze des Bundesverfassungsgerichts, der Konzernlobbyist Stephan Harbarth, setzte am 5. Dezember 2020 das Versammlungsrecht einseitig aus; Zustände wie in Hongkong gehen auf das Konto des bereits als Bundestagsabgeordneter für seine »Nebeneinkünfte« berüchtigten Juristen Harbarth. Ein staatsgefährdender Glaubwürdigkeitsverlust für den gesamten Berufsstand.

Mit Kollegen wie Markus Haintz und Beate Bahner (Interview Seite 3) bildet Ludwig einen grundgesetztreuen Gegenpol im Sinne der Verfassung und der Menschen in unser aller Bundesrepublik. Der ehemalige Grüne geht in Sachen des Rechts sachlich, konsequent und souverän vor und erringt immer wieder Erfolge. Ralf Ludwig erhält den Preis der Republik als Demokrat und vorbildlicher Jurist für eine ganze neue Generation von Rechtswissenschaftlern und werdenden AnwältInnen.

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie wird an Ralf Ludwig als Vorbild der Berufe der Jurisprudenz verliehen. Die Auszeichnung wird seit 27. Juni 2020 vom Trägerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne.



AUF UNSER JAHR FÜR DIE VERFASSUNG

Das Jahr 2021 wird das Jahr der Demokratiebewegung in Deutschland. Doch wir werfen nochmal den Blick zurück: »Das Jahr 2020 hat unser aller Leben komplett verändert. Das gilt für die LeserInnen dieser Zeitung ebenso wie für die MitarbeiterInnen. Die Corona-Politik hat Familien, Beziehungen und Freundschaften entzweit, die Gesellschaft gespalten, wirtschaftliche Existenzen zerstört, kurzum: den Menschen ihr vertrautes Umfeld und damit auch ihr emotionales Zuhause genommen – oder es zumindest gehörig auf den Kopf gestellt, sodass man sich plötzlich mitten in einem Chaos befand und sich erst einmal neu sortieren musste, um sich im eigenen Leben wieder heimisch und geborgen zu fühlen.

Glücklicherweise gab es in diesem Jahr aber auch Menschen, die dem Corona-Wahn von Anfang an die Stirn boten und uns dabei halfen, das Chaos in und um uns herum zu überwinden: Bodo Schiffmann, der uns durch seine unermüdliche medizinische Aufklärung die Angst vor dem »Killer-Virus« nahm, die unsere PolitikerInnen bis heute zu schüren versuchen, und der uns den Blick auf die gesundheitsschädigenden Auswirkungen der Maßnahmen (statt des Virus) öffnete. Beate Bahner, die juristisch gegen die grundgesetzwidrigen Maßnahmen vorging und uns dafür sensibilisierte, dass man Unrecht nicht stillschweigend hinnimmt, sondern dagegen vor Gericht zieht. Und nicht zuletzt Anselm Lenz und Hendrik Sodenkamp, deren Antwort auf den ersten Lockdown darin bestand, mit dem Grundgesetz unter dem Arm auf die Straße zu spazieren, und die uns ermutigten, per pedes unsere Grundrechte zu verteidigen. Die außerdem diese Zeitung ins Leben riefen, um dem demokratischen Widerstand eine Stimme zu geben, und die im Übrigen nichts davon wissen, dass gerade diese Zeilen hier verfasst werden.

Jene Menschen – und weitere, für die sie hier auch stellvertretend genannt sind – haben uns in dem Jahr, das sich nun dem Ende neigt, Hoffnung geschenkt und Halt gegeben. Und rückblickend muss man wohl sagen: Ja, das ausklingende Jahr ist von schmerzhaften Verlusten geprägt und hat uns mitunter an den Rande der Verzweiflung getrieben, doch wir haben im Laufe des Jahres 2020 auch etwas sehr Kostbares hinzugewonnen: Ein neues Bewusstsein dafür, was uns im Leben wichtig ist und wofür es sich zu kämpfen lohnt; eine neue Gemeinschaft von Gleichgesinnten, die uns emotional auffängt. Diese Zeitung ist ein neues geistiges Zuhause, für uns in der Redaktion und im Vertrieb genauso wie für unsere LeserInnen. Daher möchten wir unseren Verlegern auf diesem Wege – schwarz auf weiß – zum Jahresende sagen: Danke, Anselm! Danke, Hendrik!« (Grüße: cko/red)

WARUM GIBT ES DIESE WOCHENZEITUNG JETZT ZUM 32. MAL?

Und warum in einer gedruckten Auflage von mindestens 100.000 Print-Exemplaren (und weit darüber) sowie als E-Paper und Online-Ausgabe unter demokratischerwiderstand.de?

Ganz einfach!

Für Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit und, ja, auch Einigkeit und Recht und Freiheit. Wir sind der Ansicht, dass zu viele Menschen der Gleichschaltung der Berufspolitik und der Konzern- und Regierungspropaganda ausgesetzt sind. Diese können durch unsere Wochenzeitung die Kenntnis davon erlangen: Ja, es gibt eine Opposition im Jahr 2020 und darüber hinaus! Die Unbekannten, Stillen, Vergessenen, Alten und Kranken sind für uns keine Namenlosen – sie gehören alle zu uns. Zugleich ist diese Krise auch eine Chance zur Erneuerung unseres demokratischen Miteinanders. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere künftige Wirtschaftsgesetzgebung (basis-)demokratisch, transparent & ergebnisoffen verhandelt und beschlossen wird. Denn wir alle werden unter den neuen Regeln zu leben haben. – *Die DW-Redaktion*

*Schenkungen mit Verwendungszweck »Crowdfunding« gern an KDW e.V., IBAN DE72 1101 0100 2235 4091 57

PRINTABO-AKTION DW 2021 AUF DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE



We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz. We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

Klammheimliche Freude?

EINWURF *von Werner Köhne*

Wer kennt noch den Mescalero aus Göttingen? Das war jener Student (später wurde er Lehrer), der »klammheimliche Freude« bekundete nach der Ermordung des Bundesgeneralstaatsanwalts Siegfried Buback durch die Nachfolgeorganisation der RAF. Der Mescalero gehörte einem schon damals seiner Wurzeln beraubten linken Milieu an, der sogenannten Sympathisantenszene.

Beide Hervorhebungen, »klammheimliche Freude« und »Sympathisanten«, prägten den Zeitgeist. Und von dem weiß man, dass er unstet ist, sich wandelt oder fast vergessene Mentalitäten wieder zum Leben erweckt – wie die Mode. Warum diese Erinnerung an ein unwahres Leben im Falschen? Während eines Gesprächs unter Wenigen (mehr sind ja nicht erlaubt) bemerkte jemand, dass sich für die Anhänger rigider Corona-Maßnahmen die Zahlen der Infizierten »besser« entwickelten, als sie gedacht hätten. Kaum war das Wort »besser« ausgesprochen, dämmerte allen Anwesenden, dass mit diesem besser nicht eine Abnahme der Infiziertenzahlen gemeint war, sondern deren Zunahme: Eine Umwertung der Werte, die bei gewissen Menschen (etwa bei der Redaktion *T-Online-News*) vielleicht eine klammheimliche Freude auslöst. Wer die Verbissenheit miterlebt hat, mit der seit vielen Monaten Zahlen hochgepeitscht, Erkrankte und Tote mit ins Ränke-Spiel einer luziden Argumentation aufgenommen werden, kann darin mehr sehen als eine vermeintliche Genugtuung. Der ökonomisch-politisch-mediale Komplex feiert hier die Hochzeit der Macht mit der (A-)Moral. (Dazu Nietzsche lesen oder die neuesten Börsenzahlen studieren!)

Eins allerdings ist heute anders als im heißen Herbst 1977: Man bezeichnet die Kritiker der Corona-Maßnahmen nicht als Sympathisanten (wovon auch), sondern als Coronaleugner und – in einer irrsinnigen These – als Nazis. Andererseits handelt es sich bei der Mehrheit der Befürworter der Maßnahmen ebenfalls nicht um klassische Sympathisanten (das setzte ja ein Maß von Freiheit voraus), sondern um regierungstreue Gläubige, die sich zu den Normalen zählen. Hier hat sich ein aus den Fugen geratener Zeitgeist etabliert. Die Fronten werden neu gesteckt: Das »Bessere« zeigt sich als Feind des »Guten«, das »Wahre« mutiert zum »Falschen« und das »Richtige« zum »politisch Korrekten«. Ein Krieg nicht nur der Worte, sondern der verhetzten Gesinnungen. Kurze Erinnerung: Der Sohn von Siegfried Buback kämpft um Aufklärung des Mordes an seinem Vater. Sein begründeter Verdacht: Der Bundesnachrichtendienst war in den Fall verwickelt.

(Der Kolumnist im DW-Interview siehe Seite 15.)



»Minima Mortalia« von Werner Köhne erscheint bei Sodenkamp & Lenz. 216 Seiten, 27,50 Euro. Nachwort von Gunnar Kaiser. Bestellung via demokratischerwiderstand.de.

»DAS ALLES DIENT NICHT DEM GESUNDHEITSSCHUTZ«

INTERVIEW *mit Beate Bahner, Fachanwältin für Medizinrecht und Preisträgerin der Republik*

DW: Frau Bahner, Sie haben bereits im Frühjahr diesen Jahres eine Klage beim Bundesverfassungsgericht gegen die Maßnahmen der Regierung eingereicht. Warum?

Beate Bahner: Man hat bei Epidemien immer die Kranken beobachtet und behandelt oder isoliert im Falle von schlimmen Krankheiten wie Ebola, Lungenpest, Cholera und so weiter. Das waren 0,001 Prozent der Menschen, die mal eine so schlimme Krankheit hatten. Aber man hat nie 99,9 Prozent der gesunden Menschen weggesperrt, drangsaliert, deren Läden geschlossen oder mit Masken malträtiert. Das ist ein Missbrauch des Rechts und das ist kein Rechtssystem mehr, sondern ein Unrechtssystem. Wenn man sieht, welche massiven Gesetzesänderung in allen Bereichen stattfanden: Datenschutz, Sicherheit, Überwachung. Da kann einem nur Angst und Bange werden.

Die Regierung begründet das mit einer Epidemie und beruft sich auf das Infektionsschutzgesetz…?

Das Infektionsschutzgesetz hat den Sinn und Zweck, die Verbreitung von übertragbaren Krankheiten zu verhindern. So steht es dort sinngemäß in Paragraph 1. Seit März, April 2020 ist alles anders. Man missbraucht das Infektionsschutzgesetz. Das Infektionsschutzgesetz soll dem Schutz der Menschen vor übertragbaren und vor allem schweren Krankheiten dienen. Wenn eine solche Krankheit ausbricht, sieht das Infektionsschutzgesetz entsprechende Maßnahmen vor, die vor allem für diejenigen bestimmt sind, die Krankheitserreger in sich tragen oder krank sind. Jetzt werden die Quarantänemaßnahmen für Corona auf eine Vorschrift gestützt, die für Krankheiten vorgesehen war, bei denen man wirklich will, dass Menschen auf jeden Fall in Quarantäne gehen: Lungenpest, Ebola, Cholera. Also schlimme Krankheiten. Heute werden Menschen mit einem positiven Test, ohne dass sie krank sind, in Quarantäne geschickt. Und zwar zu Hunderttausenden – wenn sie aus einem angeblichen Risikogebiet kommen.

Jetzt wird also grundsätzlich anders auf die Krankheit reagiert?

Beschränkungen der Berufsfreiheit und der Gewerbefreiheit, Paragraph 1 der Gewerbeordnung, darf man nur vornehmen, wenn diese Beschränkung auch tatsächlich diesem Ziel dient. Wobei diese Beschränkung auch nicht scheinheilig sein darf. Diesen Begriff habe ich vom Bundesverwaltungsgericht. »Es darf nicht ein scheinheiliger Grund sein«, sagt das Bundesverwaltungsgericht, »sondern es muss tatsächlich dem Gesundheitsschutz dienen.« Und das tun diese ganzen Regelungen nicht. Restaurants schließen, Schuhgeschäfte schließen, ich darf nicht weiter als 15 Kilometer fahren; das alles dient nicht dem Gesundheitsschutz. Das ganze wurde nie nachgewiesen.

Nun werden wohl am kommenden Montag einige Ladenbetreiber ihre Geschäfte öffnen. Auf welche Rechtsgrundsätze können sich diese denn berufen?

Also nach deutschem Recht können sie sich berufen auf Artikel 12 des Grundgesetzes (siehe Seite 16, Red.), Artikel 2 des Grundgesetzes und Artikel 14 des Grundgesetzes. Das sind schonmal drei starke Grundrechte. Dann gibt es noch die Charta der Grundrechte der Europäischen Union. Dort ist in Artikel 15 »Berufsfreiheit und Recht zu Arbeiten« festgehalten: »Jede Person hat das Recht, zu arbeiten und einen frei gewählten oder angenommenen Beruf auszuüben. Alle Unionsbürgerinnen und Unionsbürger haben die Freiheit, in jedem Mitgliedsstaat Arbeit zu suchen, zu arbeiten, sich niederzulassen und Dienstleistungen zu erbringen.«

Diese Rechte der Diensleistungsfreiheit und der Warenfreiheit sind unmittelbar geltendes Recht. Die können wirklich nur in großen und klaren Ausnahmen eingeschränkt werden. Das heißt, es gibt zwar das Argument Gesundheitsschutz, das läuft dann in dieser Form ab: Man kann beispielsweise die Berufsfreiheit der Chirurgin beschränken, indem man vorgibt, dass sie ihre Haare wegstecken müssen, damit die nicht bei einer Operation im offenen Bauchraum rumhängen. Das ist auch nachvollziehbar, weil es einen unmittelbaren Zusammenhang gibt. Oder das gefährliche Stoffe beim Transport sicher verpackt sein müssen. Aber zwischen dem Schuhgeschäft und der Verhinderung der Verbreitung des Corona-Virus gibt es keinen erkennbaren Zusammenhang.

Dann gibt es noch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die wurden 1948 von den Vereinten Nationen erlassen und dort haben wir den Artikel 23: »Jeder hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz vor Arbeitslosigkeit.« Schutz vor Arbeitslosigkeit, das habe ich sonst noch nirgends gelesen, sondern nur in dieser Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der auch die Bundesrepublik zugestimmt hat. Darauf kann man sich beziehen. Was hier passiert, ist, dass hier die Menschen in den Ruin getrieben werden.

Können Betriebe per Infektionsschutzgesetz geschlossen werden?

Na klar, wenn in einem Restaurant Ratten herumlaufen, wenn dort Salmonellen sind, wenn sich sogenannte Gesundheitsschädlinge wie Krätzmilben oder Kopfläuse im Betrieb befinden oder sonstige meldepflichtige Krankheitserreger auf den Gegenständen des Betriebs. Dann kann der Betrieb geschlossen werden, bis der Betrieb entseucht, das heißt desinfiziert ist. Das ist der Paragraph 17 Absatz 1 Satz 4 des Infektionschutzgesetzes. Und wenn in den Betrieben Menschen arbeiten, die die Pest, Cholera oder Ebola haben, dann zieht man erst einmal diese Leute aus dem Verkehr und schließt dann möglicherweise den Betrieb, um zu gucken, ob die anderen Mitarbeiter infiziert sind. Dient die Schließung des Betriebes also wirklich dem Schutz der Gesundheit und des Lebens? Dafür brauche ich eine wirkliche Kausalität und zwar eine widerspruchsfreie. Und diese Kausalität muss der Gesetzgeber nachweisen. Momentan wird diese Verbindung nur behauptet. Es ist noch nie eine Studie des Robert-Koch-Institut veröffentlicht worden, wonach das Glühweintrinken auf dem Markt tatsächlich eine Infektionsgefahr darstellt. Auch bei den Demonstrationen in Berlin und den anderen Städten: Es gibt keine einzige Studie darüber, dass danach ganz viele Menschen ins Krankenhaus mussten. Aber das muss nachgewiesen werden, wenn so in die Freiheit und die Rechte der Menschen eingegriffen wird. Das wäre ein Rechtsstaat.

Gerade herrscht hier die kalkulierte Panik, die Denunziation und das Duckmäusertum?

Medial wird den Händlern, die öffnen werden, mit dem Entzug der Gewerbezulassung gedroht, was einfach nicht zulässig ist. Denn dafür muss man »unzuverlässig« sein. Und wenn man ein Gewerbe angemeldet hat, ist man genau dazu berechtigt dieses Gewerbe auch zu betreiben. Wenn ich jetzt ganz normal, oder sogar unter diesen schrecklichen Hygienevorgaben, meinen Betrieb öffne, dann ist das keine »Unzuverlässigkeit«, sondern mein gutes Recht, herrührend aus dem Gewerberecht, meiner Gewerbeanmeldung, die eben auf den Menschenrechten im Grundgesetz, dem EU-Recht und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte fußen. Da muss ich mich nicht einer Schließung unter scheinheiligem Vorwand beugen. Wir sind jedoch in einem Unrechtsstaat angekommen und diejenigen, die sich jetzt was trauen, denen kann ich nur Mut zusprechen. Ich fordere sie nicht dazu auf.

Die Fragen stellte Hendrik Sodenkamp.

Da die großen Plattformen wie YouTube, Facebook und Google Oppositionelle immer offener zensieren oder unauffindbar machen, stellen wir Ihnen hier eine kleine Linksammlung zusammen, mit der Sie direkt an unabhängige Informationen gelangen können.

demokratischerwiderstand.de
demokratischegewerkschaft.de
kenfm.de
rubikon.news
corodoks.de
corona-ausschuss.de
mutigmacher.org
multipolar-magazin.de
ärzte-für-aufklärung.de
klagepaten.eu
miloszmatuschek.substack.com

*Diese **»Banken«** schlossen oder verweigerten dieser Wochenzeitung aus regierungspolitischen Gründen die Konten.*



Wöchentliche Sterbefallzahlen in Deutschland

2020 — 2016 - 2019 (Durchschnitt) — 2016 - 2019 (Bandbreite min./max.) — 2020 (davon COVID-19)

Y-Achse: 0 – 5 000 – 10 000 – 15 000 – 20 000 – 25 000 – 30 000; X-Achse: Kalenderwoche 0 – 5 – 10 – 15 – 20 – 25 – 30 – 35 – 40 – 45 – 50

Quellen: Sterbefallzahlen insgesamt: Statistisches Bundesamt, COVID-19-Todesfälle: Robert Koch-Institut

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2021

WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Die linksstehende Statistik zeigt die Sterbefälle in der Bundesrepublik im Vergleich der Jahre. Daraus geht hervor, dass die Anzahl der Gestorbenen im Winter und Frühjahr 2020 deutlich unter den Zahlen der Grippewelle des Jahres 2018 und ähnlich den Zahlen anderer Jahre liegt. Es gibt demnach keine außergewöhnliche Übersterblichkeit.
Der Sars-Cov-2-Virus (Corona) existiert. Er ist auch nicht völlig ungefährlich. Corona ist jedoch nicht oder nicht wesentlich bedrohlicher als andere Grippeinfektwellen, wie sie zu jedem Jahreswechsel auf der Nordhalbkugel stattfinden. Denn wäre Corona übermäßig bedrohlich – oder gar menschheitsbedrohend –, dann müsste die Sterberate von uns Menschen signifikant und ganz außergewöhnlich ansteigen. Das ist aber nicht der Fall. Die Daten sind jene des Statistischen Bundesamtes.

250 Expertenstimmen zu Corona: NICHTOHNEUNS.DE/VIRUS

Lockdown-Terror: Irrer geht immer

Organisierte Schadenmacher arbeiten gegen den Rest der Welt | von Ullrich Mies

Eine amerikanische Studie beweist: Härterer Lockdown führte zu schlechteren Ergebnissen. Irre deutsche Politiker wollen trotzdem alle einsperren. Schließlich haben ein paar Sektierer des Putsches der »Vierten Industriellen Revolution« ganz eigentümliche Fantasien für uns alle.

Einer der zahlreichen »Superspreader« von Desinformationen, Karl Lauterbach, SPD, ist begeisterter »Lockdown«-Anhänger. Seine Ansagen eskaliert er im Tagesrhythmus. Damit steht er nicht allein. Die wahren Vorreiter des Corona-Irrsinns sitzen in der Merkel-Zentralregierung. Diese missbraucht ihre Befehlsgewalt bis hinunter in die Länderstaatskanzleien und Kommunen. Aber sie sind nicht allein, denn der *Lockdown*-Terror wird transnational koordiniert. Premierminister Boris Johnson hat ab dem 5. Januar geltende Lockdown-Maßnahmen für England bekanntgeben — inklusive Schulschließungen. Ferner fordert er alle Arbeitnehmer auf, soweit möglich, von zu Hause aus zu arbeiten. Auch Schottland schloss sich den Regelungen an. Ferner verlängerte Österreich den Lockdown. Die Medienmeute als Transmissionsriemen der laufenden Gehirnwäsche des Publikums leistet die zwingend erforderlichen Hand- und Spanndienste. Alle zusammen koordinieren den totalitären Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft.

Wer sich dem Fahrplan des *World Economic Forum* unter Leitung des Transhumanisten Klaus Schwab, also einem Gen-plus-Körper-plus-Technik-Guru, angeschlossen hat, darf es mit der Wahrheit nicht so genau nehmen. Dass es gar nicht um Corona geht, ist dem intelligenten, nicht-autoritätshörigen Teil der Bevölkerung schon lange klar. Die dröhnenden Propaganda-Trommeln der »Volks«-Gesundheit und des Infektionsregimes dienen den Umbauarchitekten seit März 2020 dazu, von ihrem eigentlichen Vorhaben abzulenken.

DER WEG IST DAS ZIEL

Über die Zerstörung von Klein- und Mittelstand mit Millionen Arbeitsplätzen wollen die Polithasardeure alle Wirtschaftsaktivitäten auslöschen, die dem angestrebten Welt-Digital-Regime im Wege stehen. Hinzu kommt, dass die kleinteilige Wirtschaft von sozialen Kontakten lebt. Die Auslöschung des Klein- und Mittelstandes ist die grundlegende Voraussetzung dafür, die Ziele der »Vierten Industriellen Revolution« zu erreichen.

Darum müssen die Lockdowns auch so lange weitergeführt werden, nämlich bis diese Wirtschaftssektoren vollends zerstört sind. Sieht man einmal von der medialen Gehirnwaschindustrie ab, so ist es auch kein Zufall, dass die Einpeitscher der Lockdowns nahezu sämtlich in verfassungsfeindlichen Kadern von Bundes- und Landesregierungen, Parteien und Behördenapparaten zu suchen sind. Sie haben unseren Staat gekapert, in ein Corona-Unterdrückungssystem transformiert und lasten die von ihnen angerichteten Billionen-Schäden der Gesamtgesellschaft auf: Raub, Plünderung und Einkommensverschiebung in einem historisch nie da gewesenen Ausmaß. Wie die Deutsche Bank bereits am 24. April 2020 feststellte, hat die Merkel-Clique die deutsche Staatsverschuldung aufgrund des Corona-Regimes nahezu verdoppelt; organisierte Schadenmacher tätig zugunsten der Finanzindustrie. Wichtig zu wissen: Für die ersten 2 Billionen Euro Schulden brauchten alle deutschen Regierungen zusammen 75 Jahre.

KEINE RECHTFERTIGUNG FÜR »LOCKDOWNS«

Dass es für Ausgangssperren, Laden- und Kirchenschließungen keinerlei Rechtfertigung gibt, weiß das Merkel-Regime genau. Das Covid-19-Test-Regime liefert falsche Ergebnisse am Fließband und mit der »Testeritis« steigen automatisch die Fallzahlen. Das Test-Regime dient allein dazu, die Öffentlichkeit im Infektionsangst-Dauerstress-Modus zu halten.

Auch sind die Willkür-Maßnahmen Absicht: Versammlungsverbot, Demonstrationen allenfalls mit strengen Auflagen, Verbot von Freizeitaktivitäten, Schul- und Geschäftsschließungen, Hausarreste, Sperrstunden, Kontaktverbote, Reisebeschränkungen, Untersagung von Kulturveranstaltungen, Maskenpflicht.

Jeffrey Tucker vom Amerikanischen Institut für Wirtschaftsforschung (American Institute for Economic Research) kam bereits am 31. Juli 2020 zu dem Ergebnis: »Niemals in der Geschichte der Menschheit wurde so etwas ausprobiert, jedenfalls nicht in diesem Ausmaß. Man könnte also annehmen, dass es mit absoluter Sicherheit einen kausalen Zusammenhang zwischen *Lockdowns* und der Verlaufskurve des Virus gäbe. [...] Es stellt sich heraus, dass dies nicht der Fall ist. Es war reine Spekulation, dass die Lockdowns diesen Virus unterdrücken würden, und diese Spekulation basierte auf der anmaßenden Annahme der unglaublichen Macht und Intelligenz der Regierungsmanager. [...] Seit fünf Monaten flippen Regierungen auf der ganzen Welt aus, befehlen den Menschen, dies und jenes zu tun, erlassen ein Dekret nach dem anderen, und doch gibt es keinen Beweis dafür, dass irgendetwas davon dem Virus etwas ausmacht.«

SOLDATEN ALS PERFEKTE TESTGRUPPE

Welche Bevölkerungsgruppe wäre besser geeignet, den Effekt eines *Lockdowns* auf die Ausbreitung des SARS-CoV-2-Virus zu untersuchen, als Rekruten der US-Marines? Am 12. Mai stimmten insgesamt 1.848 von 3.143 neuen Rekruten zu, an einer solchen Studie unter extremer Quarantäne teilzunehmen. Diese 1.848 durchliefen vom 12. Mai bis zum 15. Juli 2020 die sogenannte CHARMA-Studie, die »wöchentliche PCR-Tests und Blutproben zur Bestimmung von IgG-Antikörpern« (Immunglobulin G) beinhaltete. Die anderen Soldaten dienten als Kontrollgruppe. Die Studienergebnisse veröffentlichte das renommierte *New English Journal of Medicine* am 11. November 2020.

Das Ergebnis fassen die Autoren wie folgt zusammen: Unsere Studie zeigte, dass in einer Gruppe überwiegend junger männlicher Militärrekruten circa 2 Prozent während einer zweiwöchigen, streng durchgesetzten Quarantäne positiv für SARS-CoV-2 wurden – mittels PCR-Assay bestimmt. Von 3.143 Rekruten testeten die Forscher 77 positiv auf SARS-CoV-2. Mehr als zwei Drittel der Fälle traten in der streng überwachten Gruppe auf. Mit einer Ausnahme zeigte kein positiv Getesteter Symptome. Hingegen breitete sich das Virus in der Kontrollgruppe ohne strenge Quarantänemaßnahmen weniger stark aus. Wider Erwarten hatte die Durchsetzung extremer Maßnahmen wie Handyverbot, zweilagige Stoffmasken, Desinfektionsmaßnahmen sowie häufigere Tests und Isolierung den Infektionsgrad erhöht.

Noch einmal zum Mitschreiben: Die *Lockdowns* dienen nicht dazu, das Infektionsgeschehen abzumildern — ganz einfach, weil sie kein taugliches Mittel sind, das wissen die Regierungen — das Ziel ist es, die klein- und mittelteilige Wirtschaft abzuräumen, weil sie das zentrale Hindernis ist, die »Vierte Industrielle Revolution« in Fahrt zu bringen. Also den Putsch von oben.

»Wir müssen unter dem Sozialhilfeniveau überleben«

Interview mit dem Ingenieur für Kläranlagen Roland Vetter in Sachsen-Anhalt

DW: Guten Tag, Herr Vetter. Was machen Sie beruflich?

Vetter: Ich bin ein hemdsärmlicher Kleinunternehmer, selbstständig und habe ein kleines Ingenieursbüro für Wasserversorgung und Abwasserbehandlung. Da mache ich die Herstellung und den Verkauf von natürlichen und daher robusten Kleinkläranlagen auf natürlicher Basis.

Wie hat Sie denn dieses Jahr und die Maßnahmen der Regierung in Beruf und Betrieb getroffen?

Ich hatte ca. 90 Prozent Einbußen an Aufträgen im Vergleich zum Vorjahr 2019. Wenn es schwierig wird, dann halten sich die Leute zurück mit Investitionen, auch wenn Leute eine Auflage hatten, dass sie eine bessere Kläranlage bauen müssten, weil sie nicht an einen Kanal angeschlossen sind. Die Leute halten das Geld lieber zurück und verschieben das, weil sie nicht wissen, was wird. Diese Unsicherheit ist sehr verständlich und deshalb werden keine Aufträge gegeben.

Wie konnten Sie dann das Jahr überstehen und den Mitarbeitern ihr Gehalt bezahlen?

Indem ich dem Geschäftsführer, der Sekretärin, dem Buchhalter und dem Hilfsarbeiter, das bin alles ich, kein Gehalt mehr gezahlt habe. Wenn ich größere Projekte habe, dann habe ich natürlich Kollegen, die ich auch gerecht bezahle. Die kommen dann aber nur zu den konkreten Vorhaben hinzu. Weil ich jetzt aber dieses Jahr fast keine Aufträge hatte, haben die Kollegen dann auch nichts verdient. Zum Glück habe ich als freiberuflicher Ingenieur kaum Fixkosten.

Wie sind sie selber über die Runden gekommen?

Im März gab es einen Zuschuss von 9.000 Euro, die aber nur in Betriebskosten investiert werden konnten. Da meine Betriebskosten aber so gering sind, konnte ich eine medizinische Operation durchführen, die ich sonst nie hätte bezahlen können. Insofern bin ich ein Corona-Gewinnler, denn ansonsten hätten wir jetzt wohl nicht mehr miteinander sprechen können. Ansonsten hatte ich noch ein bis zwei kleine Projekte und später im September und Oktober gab es nochmal 300 Euro bzw. 1.500 Euro in den Überbrückungshilfen I und II. Also ich weiß nicht wie, aber irgendwie haben wir unter dem Sozialhilfeniveau überlebt.

Nun hat die Regierung den *Lockdown* bis zum 31. Januar verlängert. Was bedeutet das für sie und ihr Unternehmen?

Erstmal meine ich, dass der Begriff *Lockdown* eine Beschönigung ist. Dabei handelt es sich um eine Ausgangssperre. Anglizismen dienen nur zur Verschwurbelung. Für meine Firma: Ich habe das Unternehmen steuerlich schon umgeändert in die Kleinstunternehmerregelung, weil ich insgesamt nur mit einem Umsatz von maximal 17.000 Euro rechne. Hoffe nur, dass ich noch eine weitere »Stilhalteprämie« bekomme. Wobei ich nicht still bin, sondern aktiv in der Partei Die Basis, obwohl ich gar nichts vom Parteiensystem halte. Nur, alleine schaffe ich nichts. Wenn nicht mehr Menschen gegen diese Maßnahmen aufstehen, dann sehe ich schwarz.

Die Fragen stellte Hendrik Sodenkamp.

Gesellschaftsvertrag aufgekündigt!

Mögliche Einordnung der Situation aus der Sicht von Demokratinnen und Demokraten

Ein Verfassungs-Putsch-Regime im Ausnahmezustand hat keinerlei Recht zu irgendetwas. Es gründet seine Macht allein auf pure Gewalt. Es ist ein Gewaltregime. Die Merkel-Tyrannei hat sich selbst außerhalb des Rechts gestellt und versucht krampfhaft, durch nachgeschobene Infektionsschutzgesetze alias Gesundheitsdiktaturgesetze seiner illegitimen Herrschaft einen legalen Mantel überzustreifen.

Herrschaftsparteien und Merkel-Regime repräsentieren nichts und niemanden außer ihrer eigenen Korruption und Niedertracht, außer ihrer Unterwürfigkeit gegenüber den Taktgebern der neuen totalitären Weltordnung des Weltwirtschaftsforums (World Economic Forum). Ein Putschisten-Regime hat nicht einmal mehr Recht auf Steuerzahlung, weil die »Taktgeber« von niemandem gewählt wurden und das ganze Regime folglich nur noch auf Unterdrückung basiert. Die Antwort der Bevölkerung müsste sein: »No Taxation without Representation!«, das heißt, keine Steuern ohne Vertretung unserer Interessen. Demokraten werden von diesem Regime nicht repräsentiert!

Und deshalb regen Demokraten an: Wir machen da nicht mit. Wir versagen dem Regime jegliche Unterstützung. Weder Parteien noch Regierungen sind unsere Erziehungsberechtigten. Wir kämpfen um die Wiederherstellung der verfassungsrechtlichen Ordnung. Wir lassen uns nicht impfen. Wir stärken unser Immunsystem, indem wir unsere Tage wie folgt gestalten:

- Wir schauen in den Spiegel, ziehen Grimassen, strecken den bösartigen Psychopathen die Zunge raus, zeigen ihnen den Vogel und den Stinkefinger … und lachen.
- Wir trennen uns von Menschen, die uns auf den Nerven herumtrampeln und nicht verstehen wollen, was draußen »abgeht«.
- Wir reduzieren unsere Computerarbeit auf das Notwendige.
- Wir ernähren uns leicht und gesund.
- Wir versorgen uns ausreichend mit Vitalstoffen.
- Wir organisieren Wanderungen mit Freundinnen und Freunden, gehen in die Natur und tanken Sauerstoff.
- Wir treiben Sport mit anderen, im Wald, wo auch immer.
- Wir hören kein Radio und entsorgen den Fernseher als »Volksempfänger« verbrecherischer Regimepropaganda.
- Wir kündigen alle Zeitungen, Wochen- und Monatsblätter der Herrschenden, das entschlackt das Gehirn.
- Wir meditieren regelmäßig.
- Wir treffen uns mit Freundinnen und Freunden, stärken einander in liebevoller Umarmung.

Wenn wir uns so gegenseitig unterstützen, kann uns keine Grippewelle ob mit oder ohne Corona etwas anhaben und wir sind gegen die Merkel-Tyrannei, die Herrschaft des »radikal Bösen« (Hannah Arendt) und seine niederträchtigen Operationen gefeit. Der Bruch mit dem Regime und seinen korrupten Parteien ist endgültig. (umi)




AMERIKANISCHE REVOLUTION

Die ergebnisoffene Frage deutscher Medien müsste lauten: Was bringt Amerikaner aus der Mittelschicht und der Arbeiterklasse aller Hautfarben und Hintergründe dazu, den Konzernen, den Medien und dem NATO- und US-Regierungsapparat soweit zu misstrauen, dass sie todesmutig ihr Capitol stürmen? (ale)

Für Demokratie, Wahrheit und Grundrechte: Am Mittwoch, 6. Januar 2021, stürmten 20.000 Amerikaner den Parlamentssitz in Washington. Die Polizei erschoss nach eigenen Angaben vier Menschen, darunter eine Frau. Dem Establishment und den Medien wird totale Korruption, Kriegstreiberei und ein globaler »tiefer Staat« vorgeworfen. Dies ist insbesondere seit dem 11. September 2001 der Fall. Der Anschlag auf die drei Türme (inklusive Gebäude 7) in New York hatte zu einer beispiellosen Serie von Angriffskriegen, Freiheitseinschränkungen und Geheimdienstskandalen geführt.

Foto: Shannon Stapleton, (c) Reuters

»VÖLLIG BANANE« | *Weitere Wahrheiten aus Deutschland von Ullrich Mies*

Als wäre das Chaos, das die globalisierten Herrschaftscliquen um uns herum anrichten nicht schon irre genug: Sie trampeln immer hemmungsloser auf der Menschheit herum. Sie wollen weiter, sie wollen alles.

Der Internationale Währungsfonds, will die Menschheit im Verbund mit BIG Money und Kreditkartenorganisationen »die Vorzüge« der totalen Digitalherrschaft spüren lassen. Was das bedeutet? Der IWF will Kreditvergaben an sozial angepasstes Verhalten koppeln, so einfach ist das.

»Die transformativste Informationsinnovation ist die zunehmende Nutzung neuer Datentypen, die aus dem digitalen Fußabdruck der verschiedenen Online-Aktivitäten der Kunden stammen - vor allem für die Kreditwürdigkeitsanalyse.« Ein schlechtes »Rating« soll sich sodann negativ auf auf Bonität und Kreditwürdigkeit auswirken. Suchmaschinen, digitale Kommunikation, Kaufverhalten etc. sollen Eingang in die Ratingbewertung finden.

»Dieses Vorgehen biete vielerlei Vorteile und könne eine ›finanzielle Inklusion‹ darstellen für Personen, die nach den bisherigen ‚harten‘ Standards nur schwer an einen Kredit gekommen sind – etwa Personen ohne Festanstellung oder Firmen in ländlichen Gegenden.« *Bullshit as bullshit can*, kann man nur noch sagen, Schwachsinniger geht es nicht mehr. Vor allem dürfen die hirnverbrannte Phrasen wie »Inklusion«, »Schnittstellen«, »anpassen«, »Finanzinnovationen« und der Ach-was-meinen-wir-es-nicht-gut-mit-den-Menschen-Neusprech nicht fehlen.

Das alles macht auf die intellektuellen Tiefflugstaffeln in der Politik ganz bestimmt enormen Eindruck. Angesichts der »revolutionären Potentiale« und »Wachstumschancen« dieser neuen »Finanztechnologien« werden sie ganz bestimmt schon bald das Wasser nicht mehr halten können und vor Freude gänzlich aus dem Häuschen geraten. Die allerletzten Reste der Datensicherheit der Bürgerinnen und Bürger werden sie mühelos entsorgen, da dürfen wir sicher sein.

MELDUNG

Folter Julian Assanges geht weiter

London/DW. Am Montag entschied die britische Richterin Vanessa Baraitser überraschend, die Auslieferung des weltweit anerkannten Journalisten Julian Assange an das US-Imperium abzulehnen. Am Mittwoch jedoch wurde der Kautionsantrag der Verteidigung von derselben Richterin abgelehnt, womit Assange weiterhin in einem Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh festgehalten werden soll, in dem die Heizung nicht korrekt funktioniert und Assange folterartigen Bedingungen ausgesetzt ist. Julian Assange hatte auf seinem Portal »Wikileaks« interne Dokumente veröffentlicht, die die Kriegslügen des amerikanischen Staates beweisen und gezielte Angriffe auf Zivilisten offenlegten. Seit elf Jahren wird Assange mit absurden Vorwürfen verfolgt. Assanges Frau Stella Morros stellte in der ablaufenden Woche erneut fest, dass »er überhaupt gar nicht in Haft sein sollte«. Dem schließen sich seit Jahrzehnten Journalisten und Menschenrechtsorganisationen an: Assange hat nach einhelliger Meinung kein Verbrechen begangen, sondern seine Pflicht als Journalist getan. Der Staat Mexiko bot zuletzt politisches Asyl an. (ale)

Heiko-Maas-Amt enthält sich bei Antifa-Thema

Berlin/DW. Das deutsche Außenministerium hat bei den Vereinten Nationen eine Resolution gegen Staatsterror nicht befürwortet. Die russische Föderation hatte den Entwurf eingereicht. 130 UN-Mitgliedsstaaten stimmten auf der 75. Tagung der Generalversammlung dafür: Die Resolution hatte zum Ziel, sich gegen »Formen des Rassismus, der Rassendiskriminierung, der Fremdenfeindlichkeit und der damit verbundenen Intoleranz« zu wenden. Lediglich die USA und die Ukraine lehnten das Dokument mit Nein-Stimmen ab, das Auswärtige Amt unter dem Fake-Antifa-Außenminister Heiko Maas enthielt sich. Es ist anzunehmen, dass Maas von Menschenrechtsverletzungen unter Corona in der Bundesrepublik ablenken will, für die die politischen Verantwortlichen des Kabinetts Merkel persönlich haftbar zu machen sind. (jlo)

Die Endmeldung: Corona schlägt asozialem Lauterbach aufs Hirn

Zandvoort/umi. Kein Tag vergeht, an dem sich Karl Lauterbach, halbfertiger Medizinstudent und Mitglied der vormals respektablen Volkspartei SPD, nicht mit irgendeinem alarmistischen Schwachsinn zu Wort meldet. Die aktuelle Krönung: Er ist für einen »unbegrenzten *Lockdown*«, weil der Coronavirus mutiert. Das aber haben Viren so an sich und das galt auch schon vor dem Corona-*Hoax*. Anmerkung: Dass sich dieser Virus – oder eine andere Erkrankung – durch das Lauterbachsche Gehirn gefressen haben muss, ist evident. Das Beste wäre, dieser Mann würde sich selbst unbegrenzt wegsperren. Dann bliebe die Öffentlichkeit von den Hirngespinsten dieses asozialen *Superspreaders* verschont. (umi)

Netzwerk



Die Übersichtskarte (oben) zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung. Siehe auch querdenken-711.de, BewegungLeipzig.de *und viele weitere. Demotermine (Ort, Zeit, Titel) eintragen via nichtohneuns.de!*

DANKE:

Mit Ihrer Spende an die Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V. unterstützen Sie den Druck dieser Zeitung, professionellen Journalismus und die Arbeit für die Grundrechte in der Bundesrepublik Deutschland. – Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an KDW e.V., IBAN DE72 1101 0100 2235 4091 57

Ausgeschlafen?

In einem Aufruf formieren sich nach zehn Monaten nun auch seriöse Linke gegen das verfassungswidrige Corona-Regime.

»An alle Menschen, die sich noch an Freiheit und Menschenrechte als linke Ideale erinnern. Die demokratische Widerstandsbewegung gegen die Corona-Maßnahmen ist eine der größten Bewegungen ›von unten‹ seit der Nachkriegsgeschichte Deutschlands. Sie geht mit den traditionellen Werten und Zielen von emanzipatorischen und linken Bewegungen vor 2020, wie Basisdemokratie und Selbstbestimmung, völlig konform, einzelne Instrumentalisierungsversuche und Trittbrettfahrer ausgeschlossen. Diese Chance einfach verstreichen zu lassen und jegliche positiven Errungenschaften vergangener Widerstands- und Freiheitsbewegungen kritiklos durch eine reaktionäre und autoritäre Regierungsentwicklung zunichtemachen zu lassen, lassen wir nicht zu!

Da ein Großteil der politischen Linken diese Bewegung pauschal bekämpft, statt sich mit ihren Inhalten konstruktiv einzubringen, verpasst sie eine einzigartige historische Gelegenheit, sich Gehör zu verschaffen, essentielle Forderungen für das Gemeinwohl zu stellen (...) und autoritären Entwicklungen Einhalt zu gebieten. Zu weiten Teilen erleben wir Reaktion statt Aktion. Weitestgehend bleibt es bei einer Reaktion »gegen rechts« auf jegliche Proteste von unten. Das ist ein Verrat an allen emanzipatorischen und linken Idealen und Vorhaben und treibt letztlich die neue Bewegung nach rechts (und das soll wohl gemäß den Absichten der imperialen Propaganda auch so sein).

Wir lehnen es ausdrücklich ab, dass linke Ideen in einen sogenannten *Stakeholder*-Kapitalismus eingehegt werden und damit zur Erfüllung kapitalistischer Zwecke, nicht humaner Ideale, entwertet und verfremdet werden. (...) Schließt Euch an!« – Redaktionell gekürzt. *Telegramkanal des Aufrufs: Freie Linke.*

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG:

09.01.2021 14-15:30 Uhr	Hagen, vor dem Allerwelthaus	Mahnwache für Frieden und Freiheit
09.01.2021 15-18 Uhr	Bad Kreuznach, Kornmarkt	Wir für das Grundgesetz
09.01.2021 14-18 Uhr	Berlin, Alexanderplatz	Aufhebung aller Corona-Maßnahmen & Wiederherstellung unserer Grundrechte
09.01.2021 18:30-19:30 Uhr	Schwäbisch Gmünd, Marktplatz	Tägliche Mahnwache auf dem Marktplatz
11.01.2021 11-14 Uhr	Berlin, Nordufer 20	Mahnwache vor dem RKI
11.01.2021 17-19 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Montagsdemo Eberswalde
11.01.2021 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Brunnenplatz	Lichterspaziergang
11.01.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Krefeld, Theaterplatz	Demonstration für Menschenrechte, Grundgesetz und Freiheit
11.01.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Berlin, P1 Messe, Hammarskjöldplatz	Autokorso durch Berlin
11.01.2021 19-21 Uhr	Brandenburg a.d.H., Neustädtischer Markt	Montagsdemo
11.01.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Weimar, Theaterplatz	Montagsspaziergang
11.01.2021 8-23:59 Uhr	Deutschlandweit, Überall	Wir machen auf
11.01.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Weimar, Theaterplatz	Montagsspaziergang
14.01.2021 15-18 Uhr (jeden Do)	Berlin, Ecke Wilmersdorfer Str./Goethestr.	Bürgerinitiative Nachbarschaftsdialog Charlottenburg
15.01.2021 17-20 Uhr (jeden Fr)	Hamm, Marktplatz vor der Pauluskirche	Spaziergang zur Stärkung des Immunsystems
16.01.2021 13-14:30 Uhr	Wien, Heldenplatz	Großdemo
18.01.2021 17-19 Uhr (jeden 2. Mo)	Bernau, Bahnhofsvorplatz	Montagsdemo Bernau

Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN



Demo am 29. 8. 2020 in Berlin mit rund 2 Millionen, dazu Robert F. Kennedy, der Demokratischen Gewerkschaft, Querdenken und weiteren. *Foto: RPP*

Ein Jahr endet, ein Neues beginnt.

Der rasende DW-Reporter Clark Kent berichtet von Aktionen der Demokratiebwegung

In der vergangenen Ausgabe habe ich eine Ankündigung gemacht: Wir wollten in ganz Deutschland ein großes Weihnachtsfest feiern. Und das haben wir auch geschafft.

In vielen Städten in Bayern, im Saarland, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Baden-Württemberg und in Berlin wurden vor Seniorenheimen mit Trommeln, Flöten und anderen Instrumenten Weihnachtslieder gespielt und gesungen. Viele der Älteren waren gerührt, haben geweint, sich gefreut und mitgesungen. In einer Zeit der Denunziation, des Abstandes und der Isolation, wurde den Menschen Menschlichkeit, Nähe und Nächstenliebe geschenkt. Danke den Menschen, die für andere ein Licht waren. Ihr seid die wahren Helden.

Der Weihnachtsmann und seine *Crew* waren an drei Tagen im Rheinland unterwegs. Denunzianten und Zeitungen haben versucht, sie aufzuhalten und das Weihnachtsfest zu ruinieren. Doch wir haben uns nicht aufhalten lassen. Selbst die Polizei, die von besorgten Bürgern gerufen wurde, konnte kein Vergehen feststellen, sondern fand die Aktion sogar gut, sodass die Anschuldigungen der Denunzianten verhallten und Weihnachtsmann, Christkind und Co weiter (Nächsten-)Liebe, Spaß, Plätzchen und Festtagsgefühle schenken konnten.

Der Jahreswechsel wurde an einem Ort gefeiert, von dem aus Köln und das weite Rheinland zu sehen war. Um Mitternacht standen etwa dreißig Leute auf der Wiese, schossen Raketen und feierten zusammen. Von weitem sah man viele Feuerwerke. Nicht so viele wie in den Jahren zuvor, aber genug, um den Himmel zu erleuchten.

Es waren Menschen aller Couleur und Altersklassen auf der Straße, vom Ordnungsamt über Pflegepersonal, Ärzte bis hin zu Kindern. Alle hoffend, dass das nächste Jahr besser werde.

Apropos besseres Jahr: Nicht das letzte Jahr war schlecht – es war unsere Art zu leben, die uns unglücklich gemacht hat. Deshalb sollten wir uns die Frage stellen, wie wir leben wollen. Ich für meinen Teil, möchte die Menschen lieben und ihnen helfen. In diesem Sinne, allen ein frohes neues Jahr.

Danke, dass ich Euch alle kennenlernen durfte! Weiter gehts!



Foto: Steve Schramm

Die »RädelsführerInnen«

BRD 2020: Führende Demokraten werden gezielt terrorisiert | Bericht von Casey Koneth

Es ist kein Geheimnis: Wenn die Polizei Ausschreitungen unterbinden will – zum Beispiel durch *Hooligans* bei einem Fußballspiel - knöpft sie sich gezielt Einzelne vor. Nach dem Motto: Wenn erstmal die unbequemen Köpfe aus dem Verkehr gezogen sind, dann ist Ruhe.

Eben jene Strategie verfolgen die Berliner »Freunde und Helfer« nun offenbar auch in Hinblick auf die Demokratiebewegung, nur dass es sich hier nicht um gewaltbereite *Rowdys* handelt, sondern um demokratische BürgerInnen, die friedlich unser aller Grundrechte verteidigen. So wie Anselm Lenz, der am 19. Dezember mit einem Grundgesetz in der Hand auf dem Rosa-Luxemburg-Platz joggen geht. Offiziell ist diese Form der körperlichen Ertüchtigung unter freiem Himmel nach wie vor nicht verboten. Das Grundgesetz bei sich zu tragen auch nicht. Dennoch stoppt ihn die Polizei, die den Rosa-Luxemburg-Platz überwacht, mit der Begründung: »Eine notwendige polizeiliche Maßnahme«, als führe er nicht das Grundgesetz, sondern einen Molotowcocktail bei sich und stelle eine öffentliche Gefahr dar. Interessanterweise halten die Beamten bei den vielen anderen PassantInnen, die auf dem RLP unterwegs sind, keine polizeiliche Maßnahme für notwenig. Zufall? Wohl kaum. Lenz ist den Berliner Behörden seit Beginn der Corona-Diktatur bestens als demokratischer Kopf – sozusagen als Rädelsführer der Demokratiebewegung – bekannt. Als er von seinem Grundrecht der Bewegungsfreiheit Gebrauch machen und einfach weiter laufen will, reißen ihn die Beamten zu Boden und nehmen ihn fest. Wie gesagt: Wenn ein Aufstand droht, müssen die Köpfe aus dem Verkehr gezogen werden, dann ist Ruhe.

Nur war dann keine Ruhe. Am selben Tag findet eine angemeldete Querdenken-Versammlung auf dem Alexanderplatz statt. Auch die Veranstalterin Monica Felgendreher ist den Behörden bekannt, hat sie doch bereits etliche Versammlungen organisiert, ebenso kluge wie kritische Reden gehalten und die Öffentlichkeit über die tatsächliche wissenschaftliche Faktenlage aufgeklärt. Stets friedlich, stets demokratisch – und stets unbeugsam. Ihr Attest, das sie von der Maskenpflicht befreit, wurde dabei bisher nie beanstandet. Doch damit ist auf einmal Schluss. Ihr gültiges Attest wird angezweifelt, unter Androhung eines Platzverweises wird sie aufgefordert, eine Maske zu tragen. Um die Versammlung durchführen zu können, einigt sie sich mit den Polizisten darauf, dass sie ihren Schal vor das Gesicht zieht.

Doch eine Polizeibeamtin fühlt sich nun dazu berufen, ihr Anweisungen über das korrekte Tragen des Schals zu erteilen. Als Felgendreher sie darauf hinweist, dass bereits alles mit den zuständigen Kollegen besprochen sei und sie kooperiere, wird sie von der Beamtin und deren KollegInnen plötzlich überwältigt, in einen Polizeitransporter geworfen, mit Gewalt darin in eine enge Zelle gesperrt. Ihre Frage, wohin sie gebracht werden soll, wird nicht beantwortet. Auf ihr Flehen hin, sie wieder freizulassen, da sie unter Platzangst leide, wird auch noch das kleine Schiebefenster der Zelltür geschlossen.

HONKONGER VERHÄLTNISSE IN BERLIN

Ohne ihr zu mitzuteilen, warum sie festgehalten wird, wird sie zu einer Gefangenensammelstelle transportiert. Auf dem Weg dorthin hat sie Panik, übergibt sich, wird ohnmächtig, nässt sich ein. In der Gefangenensammelstelle geht die psychische Folter weiter. Sie muss in der Ecke stehen, in Reichweite stehendes Trinkwasser wird ihr verwehrt, sie muss trotz Kälte ihren Mantel, ihren Schal und ihre Mütze abgeben. Als sei sie eine Terrorverdächtige, die versteckten Sprengstoff am Leib trägt, wird sie am ganzen Körper abgetastet, muss ihre Schuhe ausziehen, wird in eine Zelle gesperrt. Von ihrem Mantel werden die Anstecker »Demokratie« und »Friedensengel« entfernt. Solche Hinweise auf Demokratie und Frieden scheinen also verboten zu sein? Anschließend: Fingerabdrücke, Vermessung, mehrfach fotografiert. Wieso diese unwürdige Behandlung gegenüber einer friedlichen Bürgerin? Offenbar fühlt sich die Exekutive dermaßen vom wachsenden Widerstand bedroht, dass auch diese »Rädelsführerin« der Demokratiebewegung aus dem Verkehr gezogen werden soll.

Wer noch immer kein systematisches Vorgehen erkennen kann, zähle noch folgendes Ereignis hinzu. Am selben Tag zieht auch die *Freedom Parade* zum Alexanderplatz. Als einer der Organisatoren seine Zigarette entsorgt, nimmt die Polizei das prompt zum Anlass, um ihn in einen Polizeitransporter zu werfen. Als er protestiert, kassiert er von einem Beamten einen gezielten Faustschlag auf die Nase und wird blutüberströmt und ohne Hilfeleistung im Wagen zurückgelassen. Als er eine Weile später bei einem Polizisten nachfragt, was das alles soll, lautet die Antwort: »Einer fehlt noch.« Als sich die Wagentür erneut öffnet, erscheinen die Beamten mit *Captain Future* (Titelseite), also dem »noch fehlenden« Kopf der Bewegung, die es offenbar à la Hongkong zu unterbinden gilt. Er wird neben seinem Mitstreiter in eine Zelle des Wagens gesperrt, beide werden auf die Gefangenensammelstelle gebracht, wo sie ebenfalls ihre Fingerabdrücke abgeben müssen, als seien sie von den Beamten mit Berliner Clan-Mitgliedern verwechselt worden.

Anselm Lenz (Journalist), Monica Felgendreher (Querdenken 30), Captain Future (*Freedom Parade*) – die prominenten Köpfe der Demokratiebewegung in Berlin werden gezielt aus dem Verkehr gezogen. Noch Fragen?



Vor dem Sieg: Turnschuhe des Fotografen Steve Schramm mit blutigem Taschentuch. — Niemals vergeben, niemals vergessen: Den Sieg wird die Demokratiebewegung erringen. *Foto: DW/cko*

Polizist wehrt sich

»Wie willst du leben? Steh für dich ein!« war das Motto der Kundgebung, die am Sonntag, dem 3. Januar, auf dem Hauptmarkt in Nürnberg stattfand.

Viele Familien mit Kerzen begrüßten fröhlich das neue Jahr begleitet von den Rhythmen der TrommlerInnen. Die TeilnehmerInnen skandierten unter anderem »Friede, Freiheit, Demokratie« und »Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Freiheit klaut«. »Beendet die PCR-Pandemie«, »Sag nein zur Corona-Panik« oder »Hab Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen«, war auf den Plakaten zu lesen. Laut Polizei waren es mehrere Hundert, laut Veranstalter 3.000 Menschen, die an der Versammlung teilnahmen.

HILZ: »POLIZEI WIRD INSTRUMENTALISIERT«

Vom Hauptmarkt zogen die DemonstrantInnen durch die Nürnberger Innenstadt zum Polizeipräsidium. Dort war eine Eilversammlung gegen die Willkür von Polizei und Staatsanwaltschaft angemeldet worden. Grund dafür waren Polizeiübergriffe, zu denen es vor der genehmigten Kundgebung gekommen war. Das Unterstützungskommando (USK) der bayrischen Polizei, das seit Ende der 80er Jahre zur Bekämpfung der Schwerkriminalität zum Einsatz kommt, hatte den pensionierten Hauptkommissar Karl Hilz und seine Begleiterin in einer Unterführung am Weitergehen gehindert. »Ein USK-Beamter versetzte mir mit beiden Händen einen kräftigen Stoß gegen die Brust, also den Solarplexus und das Herz. Danach verlor ich das Bewusstsein und ging zu Boden«, erzählt Hilz, der auch Vorsitzender des Vereins Polizisten für Aufklärung ist. Seine Begleiterin wurde in Handschellen in das Polizeipräsidium abgeführt. Ein Videomacher, der die Situation gefilmt hatte, wurde ebenfalls verhaftet und seine beiden Handys von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt. Hilz kritisiert massiv die Eskalationsstrategie der bayrischen Polizei: »Politik und Polizeiführung vermeiden es, Beamte einzusetzen, die politisch gebildet sind. Die würden innerhalb der Behörde und nach oben melden, dass da etwas überhaupt nicht mehr stimmt. Aber die Deeskalationskräfte lassen sie überhaupt nicht mehr in die Einsätze. Die Polizei wird instrumentalisiert und Polizisten verheizt. Dafür darf sich die Polizei nicht hergeben.« (sma)

BRIEFE AN DIE REDAKTION

RECHT AUF SELBSTBESTIMMUNG

Ich bin/wir sind derartig geschockt, in welchem Tempo uns hier die Diktatur schmackhaft gemacht und im scheinbaren Nebenbei eingeführt wird. Meine/ unsere innere Schockstarre wegen des gewollten Zerstörens unseres Landes/Nation, der Frontalangriff auf unsere Demokratie, bevorstehende Restriktionen und ... hier müsste so viel stehen, doch mir sind vom Adrenalin die Finger so steif, dass ich nicht mehr schreiben kann. Was ich, meine Kinder, wir alle verlieren werden, lässt mich und viele Mitbürger*innen in meinem Umfeld nicht mehr schlafen. Bereitet mir und uns seit langem unzählige schlaflose Nächte. Ich habe/Wir haben ein Recht auf ein selbstbestimmtes, freies Leben in unserem Land. Auf ein gelingendes Jahr 2021 – Kerstin, Dresden

NICHT IN ALLES EINGREIFEN

Wie soll der Staat mit dem Coronavirus umgehen? Mir persönlich wäre am liebsten, es würde gar nichts geschehen. Das Coronavirus tötet nicht die Menschheit – gefährdet ist nur ein Minderheit von 2 Prozent, Alte oder stark Geschwächte, die ohnehin todkrank sind. Es ist der Weg der Natur, wenn Alte und Kranke sterben. Der Mensch sollte nicht in alles eingreifen. Jedenfalls steht in meiner Patientenverfügung, dass ich nicht künstlich beatmet werden will. – Werner, Berlin

ABWICKLUNG DES KAPITALISMUS

Corona, wie wir es kennen, ist zweierlei, ein reales Virus, aber auch die Bühne für die Abwicklung der Firma mit dem Namen Kapitalismus. Auch bemerken wir, in welchem Würgegriff kleine Unternehmen und Selbstständige gehalten werden. Dies ist kein Zufall. Im neuen System sind diese unerwünscht, weil sie unabhängig sind. Die Medien als Teil der Konkursmasse werden als Werkzeug für die Abwicklung genutzt, vor allem um uns ruhig zu halten. Oder wundern Sie die teils sinnlosen Maßnahmen wie Ausgangssperren, Ladenschließungen, Abstand im Freien? Oder dass die Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen regelmäßig verboten werden, die Gegendemonstrationen aber nicht. Dies sind alles keine Zufälle. Der wahre Zweck ist, uns zu vereinzeln und überwachbar zu machen. Was wird als nächstes passieren: Man wird erst Bundesländer und Städte abriegeln und uns dann in immer kleinere Teile spalten. Unser physischer Bewegungsradius wird immer geringer. – Anonym

Wie schaffen wir es?

Mal hoffnungsvoll angenommen, durch guten, unabhängigen Journalismus und gewonnene Gerichtsverfahren wird Entscheidendes aufgedeckt. Wie aber lassen sich innerhalb der Gesellschaft die massiven Folgen der Angst vor dem Virus wieder rückgängig machen? Wie schaffen wir es – ohne in langen ermüdenden Diskussionen überzeugen zu wollen – unseren Nachbarn und uninformierten Mitbürgern so zu begegnen, dass sie neugierig werden, Fragen stellen und aufwachen, anstatt uns »Ungläubige« zu beschimpfen und in den Medien bereits darüber zu diskutieren, ob uns Ungeimpften in Zukunft bestimmte Freiheitsrechte genommen werden sollen? Denn, selbst wenn alle üblen Machenschaften ans Licht kommen in Bezug auf die Spaltung der Gesellschaft, hat die politische Führung bisher leider ganze Arbeit geleistet. – Ursula Solveig, per E-Mail

Demokratische Gewerkschaft (DG)

Ich bin auf Anregung bei einer Online-Demo raus aus dem DGB, genauer aus DJU-Verdi. Zuvor fragte ich bei meinem Gewerkschaftssekretär in Berlin nach, was dran ist. Nur dreiste Propaganda kam zurück (...) und freche Herabwürdigungen meiner professionellen Arbeit im Online-Wortjournalismus rund um das Thema Küche und Kochen. Jetzt bin ich in der DG und baue eine ehrliche Gewerkschaft mit auf! – Sandra, Berlin

Vitamin D wirkt gegen Corona-Grippe

Hypothese erhärtet sich: Vitamin D3 beugt Corona-Sterblichkeit vor | *von Aya Velázquez*

Eine ständig wachsende Zahl an internationalen Studien legt eine Wirksamkeit des »Sonnenvitamins« D3 zur Verringerung der Mortalität durch den Corona-Virus nahe - gleichzeitig hört man davon durch unsere Staatsvirologen und Epidemiologen - nichts.

Mit der Verabreichung eines einfachen Vitamins lässt sich offenbar nicht soviel Geld verdienen wie mit Tests und Impfungen. Vitamin D3, die physiologisch aktive Form des Vitamin D, ist wesentlich für die Modulation des Immunsystems. Im Winter ist die Sonneneinstrahlung geringer, Menschen verlassen weniger das Haus, der Vitamin-D-Spiegel sinkt, die Anfälligkeit für Erkältungskrankheiten steigt.

In einer kürzlich durchgeführten Studie in einem iranischen Krankenhaus gab es keinen einzigen Covid-Todesfall bei unter 80-Jährigen, wenn die Vitamin-D-Konzentration im Blut höher als 41ng/ml lag. Menschen mit ausreichenden Vitamin-D-Blutserumspiegeln haben tendenziell erheblich weniger schwere Symptome, die durch Covid-19 verursacht werden.

Unser moderner Lebensstil im Westen – Wohnung, Auto, Büro, wenig Bewegung an der frischen Luft – führt dazu, dass im Winter fast alle Menschen einen zu niedrigen Vitamin D-Spiegel aufweisen. Dies kann durch eine orale Supplementation mit Vitamin D3-Präparaten problemlos ausgeglichen werden. Das ist seit Langen medizinisch bekannt.

Zu beachten bei einer gezielten Nahrungsmittelergänzung mit Vitamin D3-Präparaten ist: Vitamin D3 sollte immer mit Vitamin K2 kombiniert werden, um unbeabsichtigten langfristigen Nebenwirkungen wie Arteriosklerose und Osteoporose vorzubeugen, sowie mit Magnesium, da alle Enzyme, die Vitamin D3 verstoffwechseln, Magnesium benötigen.

Auf *Twitter* konfrontieren immer mehr internationale Forscher das Team um Dr. Drosten mit Studien zur Wirksamkeit von Vitamin D3 gegen Corona. Sie werden dafür teilweise aufs Schärfste angegriffen; nicht mit Sach-, sondern *Ad-Hominem*-Argumenten, also persönlichen Angriffen. Allein das sollte doch sehr zu denken geben.

DEMONSTRATIONEN NEU DENKEN

Demonstrationen können eine immens größere und nachhaltigere Wirkkraft entfalten, wenn wir sie nicht länger als Protestventil, sondern als konkrete und zielgerichtete Vernetzungs- und Austauschplattform für Mitstreiter und Talente nutzen. ANSICHTEN *von Burak Erbasi und Nicolas Riedl*

2020 war für den demokratischen Widerstand ein Jahr des kontinuierlichen Sichtbarwerdens und der kollektiven Empörung. Abertausende Menschen versammelten sich seit Ende März des alten Jahres fast überall in Deutschland, um gemeinsam ihre Sorgen, Wünsche und Forderungen öffentlich kundzutun.

Die neuen Dimensionen der totalitären Politik der Herrschenden, der aggressive Demokratie- und Menschenrechtsabbau fanden eine entschiedene Reaktion durch die wachsamen Demokraten in unserer Republik. Kundgebungen, Proteste, Demonstration, oder wie die Franzosen zu sagen pflegen: »Manifestations« waren die wesentlichen Instrumente der Kritiker. Die ausufernden Angriffe von Regierung, *Mainstream*-Presse und Konzernen auf unsere Demokratie haben uns zusammenrücken und unsere Empörung sichtbar werden lassen. Sie haben sich sprichwörtlich »manifestiert«. Somit waren die ersten logischen und sinnvollen Schritte getan. Doch wie soll es nun weitergehen?

Wird es ausreichen, sich weiterhin zu zeigen, zu kritisieren, aufzuklären und Forderungen an die Politik zu stellen? Zu hoffen, dass sich dadurch irgendwann genug Menschen zusammenfinden, um die Politiker umzustimmen?

2021 wäre es an der Zeit zu ergründen, was das Demonstrieren eigentlich für uns bedeutet und ob wir damit tatsächlich unsere gesellschaftlichen Ideale erreichen können. Bei ehrlicher Betrachtungsweise müssen wir feststellen, dass wir letztendlich immer nur auf die Machtzentren reagieren und im Grunde genommen die herrschenden Strukturen den Weg vorzeichnen lassen. Frei nach der 11. Feuerbachthese des Karl Marx, der als Analytiker aktuell ist, könnte man es so formulieren: »Die Demokraten haben den Ausnahmezustand nur verschieden interpretiert, es kommt aber darauf an, ihn zu verändern.« – Der Sinn der bundesweiten, ja sogar weltweiten Proteste soll hier gar nicht bestritten werden. Sie haben das Fundament für die nächsten Schritte gelegt. Wir können nun die *Community*, die sich im Laufe der Proteste gebildet hat, sinnvoll und demokratisch strukturieren, um uns Schritt für Schritt aus dem Teufelskreis des Reagierens zu emanzipieren und konkret an unseren Zukunftsvisionen zu arbeiten.

DIE DEMONSTRATION ALS MARKT DER GEMEINSCHAFT

Tatsächlich haben auch schon einige Demokraten unlängst damit begonnen, diese Veränderung hin zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit mit zurückgekrempelten Ärmeln voranzutreiben. Doch benötigen wir Vernetzungs- und Organisationsmöglichkeiten für all jene, die bereits auf die zahlreichen Demonstrationen gehen aber die dort aufgeschnappte Energie in Ermangelung an Kontakten und konkreten Ideen verpuffen lassen.

Im Zuge der Maskenpflicht wurde das Gesichtzeigen auf den Demonstrationen hinlänglich kultiviert. Doch was bisher noch maskiert bleibt, sind unsere jeweiligen Fähigkeiten und Berufe, die unter der Maske der Anonymität verborgen bleiben. Wäre es beispielsweise in Anbetracht der nahenden Wirtschaftskrise nicht »am Puls der Zeit« und von existentieller Notwendigkeit, sich mit Biobauern und privaten Gärtnern zu vernetzen, um zumindest einen gewissen Grad an Autarkie, die Lebensmittelversorgung betreffend, herzustellen? Das ist nur eines von vielen denkbaren Beispielen wie wir den *Spin* des Widerstands verändern und verstärken können, nach dem Motto: Nicht am bestehenden System abarbeiten, sondern neue Netzwerke und Realitäten von unten schaffen, die wir gemeinschaftlich steuern können. Doch wie stellt man dies an, wenn man einander nicht kennt? Die beliebtesten Kommunikationsmedien auf Demonstrationen sind: Pappschilder, Plakate und Transparente. Bislang werden diese überwiegend dafür benutzt, sie mit Imperativen und Forderungen zu beschriften, die von den konkreten Adressaten ungelesen ihre Wirkung verfehlen. Adressieren wir unsere Pappschilder doch lieber an uns selbst, an unsere unmittelbaren Mitmenschen auf der jeweiligen Verantaltung.

Warum beschriften wir sie nicht mit unseren Fähigkeiten und Talenten? Vielleicht machen das am Anfang nur einige. Aber je mehr mitmachen , desto mehr transformieren sich die Kundgebungen zu regelrechten Messen für Talente und Kontakte, stoßen konkrete Projekte an. Wir würden auf Demos gehen, nicht nur um eine tolle Rede einer Galionsfigur anzuhören und Dampf abzulassen, sondern um uns auch konkret zu vernetzen und eine Basis für eine demokratische und selbstbestimmte Realität zu schaffen.

Bisher dürfte sich die Sorge elitärer Zirkel um das Treiben auf Demonstrationen in Grenzen gehalten haben: »Komm! Lass das Fußvolk für einen Tag etwas Krach machen. Abends sind sie dann müde und zufrieden und gehen nach Hause.« Wenn nun unser lautes Getöse auf den Demos einem vergleichsweise ruhigen und produktiven Murmeln weicht, wir mit zielgerichteten Gesprächen Pläne schmieden, entsteht für das Corona-Regime eine beunruhigende Ruhe. In deren Grundrauschen kann sich dann ein warmer, von erquickenden Düften getränkter Frühlingssturm der Demokratie entwickeln, der den heraufbeschworen harten, dunklen Winter sanft, friedlich und gewaltfrei hinwegfegen kann.

Die Autoren Burak Erbasi und Nicolas Riedl sind Studenten in München.

BAKTERIEN UND ROBOTER

DIE SCHÖNE NEUE WELT DER BIOTECHNOLOGIE | VON HERMANN PLOPPA

Das Jahr 2020 war das Jahr der *Science Fiction*. Was wir da so alles gehört und gesehen haben. Die Reichen und die Schönen halten die Zeit für gekommen, die schaurigsten dystopischen Romane in die Jetztzeit zu beamen. Da hören wir von der Fusion von Mensch und Maschine. Von der volldigitalisierten *High-Tech*-Stadt.

Besonders der Chef des Weltwirtschaftsforums, Klaus Schwab, avancierte letztes Jahr zum gefragten Science Fiction-Autor. Neben Schreckensgestalten wie dem Cyborg, dieser Mixtur aus Mensch und Maschine, dann doch auch immer wieder Sirenengesänge von der nachhaltigen Wirtschaft und der grünen Technologie. Besonders auf das Lockwort Green Deal und den geplanten Ausstieg aus fossilen Energieträgern fallen nachwachsende Akademiker immer wieder herein.

Und immer noch nicht wird kapiert, dass wir nicht über etwas sprechen, was jetzt gerade erst uns übergestülpt wird wie ein Latexanzug. Wir sind doch schon mitten im Latexanzug. Seit Jahren vollziehen sich revolutionäre Neuprogrammierungen der Natur auf breitester Front. Globalkonzerne werden entsprechend neu geordnet, gruppiert und wieder getrennt, um den Anforderungen der schönen neuen Welt der Biotechnologie entsprechen zu können.

Da haben wir es: Biotechnologie. Alles wird jetzt Biotechnologie. Die rote Biotechnologie ist für die Medizin zuständig. Die grüne Biotechnologie steht für Landwirtschaft; weiß für die Herstellung von Werkstoffen, die das fossile Plastik ersetzen sollen. Die graue Biotechnologie macht unsere Gewässer und unsere Luft durch gefräßige Mikroorganismen wieder rein und die verschmatzen dann auch noch unseren Wohlstandsmüll. Und unsere mikrobiotischen Freunde in der Tiefsee werden nicht mehr in Ruhe gelassen. Auch sie sollen noch geborgen werden, um für unseren Wohlstand zu knechten. Sie arbeiten dann unter dem Label »blaue Biotechnologie«.

Denn immer wieder wurden die Fanatiker des globalen Wirtschaftswachstums aufgeschreckt durch die Peak-Szenarien: Die Wirtschaft könnte plötzlich zu einem Gipfel- und Umkehrpunkt nach unten gelangen, wenn einmal Öl, Gas und Kohle soweit aufgebraucht sein könnten, dass ihr Einsatz nicht mehr wirtschaftlich ist. Die fossilen Energieträger sind ja nichts anderes als verdickte Leichname früherer Lebewesen vor Jahrmillionen, zusammengedrückt in Erdschichten. Also kann man doch gleich lebende Organismen als Energieträger nehmen. Und das ist jetzt die Lösung aller Probleme einer immer weiter wachsenden Weltwirtschaft: weg vom toten Energieträger hin zum lebenden Energieträger. Auch ein Teil der Biotechnologie ist allerdings bereits in Verruf geraten. Die Gewinnung von Biodiesel aus Soja geriet in Misskredit, weil für diese Verschönerung der CO2-Emissionsbilanzen Urwälder in Indonesien unwiederbringlich vernichtet wurden. Das ist aber nur der schaurige Vorbote für die gigantischen Naturzerstörungen, die erforderlich sind, um den immensen Bedarf nach biotischen Energieträgern in Zukunft decken zu können. Die Anwendungsbereiche der volldigitalisierten Grünen Technologie sind schier unendlich: Die DNA in Zellen wird in Zukunft als Speicherchip dienen. Beton wird flexibel und biegsam dank biologischer Füllung. Aus Kartoffeln wird Stärke, und aus der Stärke wird ein biologischer Kunststoff. Antibiotika, Nahrungsergänzungsmittel, Biowasserstoff, Enzyme, Hormone oder Biopestizide – alles schon längst in Arbeit. Wachstum: explodierend.



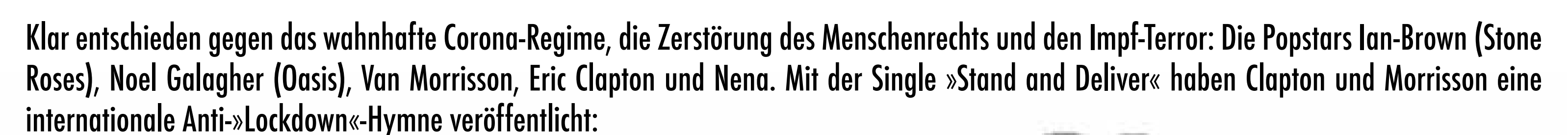
Ein Leben in der Konserve: Der Blick auf den Menschen aus den Augen der Techkonzerne. *Bildmontage: DW/Jill Sandjaja*

Das hat aber mit dem, was wir unter nachhaltiger Wirtschaft verstehen, nicht das Geringste zu tun. Es ist, um es mal klar auszusprechen, eine Ausbeutung und Versklavung der Natur, noch feiner und noch perfider als wir es bislang betrieben haben. Die schöne neue Biowelt im ganz großen Maßstab des netten Opas vom Weltwirtschaftsforum in Davos funktioniert nur als Monokultur. Und sie funktioniert nur mithilfe massiver Manipulation der genetischen Ausstattung von Lebewesen. Unter dem Kamm der Biotechnologie wird alles Lebende gleich behandelt, ob nun Tiefseemikroben im Philippinengraben oder Senioren im Krankenhaus. Ein Musterbeispiel ist der in den 1980er Jahren von Donald Rumsfeld gegründete Biotechnologiekonzern Gilead Sciences. Oder der deutsche Konzern Bayer. Der hat mit Monsanto den führenden Agrokonzern gekauft, mit dem Gift Glyphosat und der grünen Gentechnik im Angebot. Zugleich produziert Bayer auch Pharmazeutika und Chemieprodukte. Und selbstverständlich gehört zur Biotechnologie auch die Gentechnik. Syngenta wiederum wurde als Agroproduzent aus den Konzernen AstraZeneca und Novartis ausgegliedert und gehört heute zu 98% dem staatseigenen chinesischen Biotech-Konzern ChemChina. Im Gegensatz zu den chinesischen Staatskonglomeraten werden die restlichen Biotechnologie-Konzerne weitgehend frei an der Börse gehandelt und damit leicht kontrollierbar für Interessengruppen wie z.B. dem gigantischen Vermögensberater *Blackrock*.

Was diese Herrschaften im Schilde führen, entzieht sich unserer Kontrolle. Bei den Grundsatzentscheidungen, wie die Welt dem Regime der Biotechnologie unterworfen werden soll, hört jede demokratische Mitbestimmung auf. Es geht um gigantische Marktanteile. Und dieses Monstrum der Biotechnologie will natürlich immer mehr Macht und Möglichkeiten zum Geld drucken gewinnen. Das muss bisweilen ruppig geschehen. Monsanto zwingt die Kunden seines Saatguts, in Zukunft nicht mehr selber Saatgut aus laufender Ernte zu gewinnen und im nächsten Jahr auf dem Feld auszubringen. Vielmehr verpflichten sich die Monsanto-Bauern, jedes Jahr erneut Saatgut von Monsanto zu kaufen. Der ideale Boden der Biotechnologie ist zudem ein biologisch toter Boden, bestehend aus Kiesgranulat, in den man durch Hydrokultur Düngemittel beliebig einführen kann. So kennen wir es bereits von Ackerflächen der industriellen Landwirtschaft in Deutschland.

Und der Mensch? Wie sieht der ideale Kunde der modernen Biotechnologie aus? Dieser Mensch sollte seine Immunität eingebüßt haben, um durch regelmäßige Impfungen immer wieder ein guter Konsument biotechnologischer Produkte zu sein. Was tun denn die Regierungen seit fast einem Jahr? Sie verbieten uns, uns im Freien aufzuhalten, uns natürlich und in Freude zu bewegen; zu tanzen, zu singen. Die Wissenschaft hat festgestellt, dass genau diese Aktivitäten das Immunsystem am besten stärken. Stattdessen sollen wir unsere ausgeatmeten Krankheitserreger in einer Mundmaske einem nährstoffreichen Feuchtbiotop überlassen, um das Ganze dann angereichert erneut einzuatmen. Fast scheint es, dass auch wir selber werden sollen wie der verödete Ackerboden der biotechnologischen Monokultur. Anfällig und auf Leben und Tod abhängig von den Produkten der Biotechnologie. Der Bedarf spielt keine Rolle mehr. Es wird produziert. Wie man die Produkte dann an den Mann und die Frau bringt, ist Sache der Werbefachleute und Lobbyisten.

Jedenfalls ist die Expansion im Pharmamarkt als großem Teilstück der Biotechnologie fest eingeplant. Glaxo-Smith-Kline hat im Jahre 2017 6,652 Milliarden US-Dollar umgesetzt. Und für 2024 ist die Produktion beim britischen Pharmariesen auf 10,742 Milliarden US-Dollar projektiert. Merck soll in derselben Zeitspanne von 6,546 Milliarden auf 9,398 Milliarden Dollar anwachsen. Ähnliche Wachstumsraten von etwa 40 Prozent sind bei Sanofi und Pfizer in der Sparte Impfen vorgesehen. Das anvisierte Wachstum darf um keinen Preis der Welt gehemmt werden, sonst platzt der Ballon.







DAS ZEITUNGSWUNDER Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand mit teils über 560.000 echt verteilten Exemplaren, einer Gesamtauflage 2020 von über 11 Millionen in 31 Ausgaben seit der N°1 vom 17. April. Dank allen Beteiligten! Bild: Titel des DW N°3 vom 1. Mai 2020.

Fortsetzung von Titelseite

Wehrt sich der Mittelstand jetzt endlich?

von Hermann Ploppa

Die Frage ist eigentlich eher: Warum haben sich die Händler und Gastronomen in den letzten zehn Monaten klaglos mit ihrer Existenzvernichtung abgefunden? Während der Onlineversand Amazon seine Umsätze durch die Decke schießen lässt, sind die mittelständischen Unternehmer dazu verurteilt, der Vernichtung ihrer eigenen Existenz entgegenzusehen. Und nun ausgerechnet auch noch das Weihnachtsgeschäft abzusperren, das den Löwenanteil am Umsatz des Einzelhandels über das Jahr gerechnet ausmacht – das ist schon ein Akt extremer Dreistigkeit. Und dann im September noch zu sagen: Es gibt keinen zweiten *Lockdown*. Daraufhin haben die Einzelhändler im Vertrauen auf diese Bundesregierung und die Ministerpräsidenten noch einmal tüchtig Winterware eingekauft, das jetzt in den Lagern verstaubt. Was soll man denn zu so einem Wortbruch noch sagen? Und als bei Markus Lanz der CDU-Mittelstandschef Carsten Linnemann durchblicken ließ, dass der Globalkonzern Starbucks in Deutschland praktisch keine Steuern zahlt, aber der Steuerzahler auch Starbucks 75 Prozent seiner Vorjahresumsätze als Corona-Entschädigung überweist, hätte doch eigentlich Schicht im Schacht sein müssen?

Jetzt ist es wohl so weit. Bis jetzt haben sich bei der *Telegram*-Initiative *#Wir machen auf* bereits über 50.000 Interessenten gemeldet. Nicht alle von ihnen sind Einzelhändler oder Gastwirte. Aber es dürften schon gut und gerne einige Tausend Unternehmer sein, die am Montag ihren Laden trotz *Lockdown* wieder aufmachen wollen. Auch in den Niederlanden, der Schweiz und Österreich gibt es solche Initiativen. Abseits davon existieren auch noch moderatere Unternehmerinitiativen, die gegen Merkels Nero-Befehl aufbegehren wollen. Zum Beispiel auf der Webseite *handelstehtzusammen.de* haben sich 4.995 Fachhändler gemeldet. Die Mainstreampresse führt jetzt jede Menge Stimmen ins Feld, die sich von den Initiativen distanzieren. Aus dem Boden gestampft wurde auch eine ekelhafte *Twittergruppe* »Wir machen Euch dicht!« Man kann davon ausgehen, dass hier die selben destruktiven pseudolinken Merkel-Stoßtruppen unterwegs sind, die auch den Corona-kritischen Demonstranten das Leben schwer machen – und die erst vor kurzem wieder mit einem irren Manifest zur Zerschlagung des Staates aufgerufen haben.

Die vollkommen destruktive Bundesregierung unter Merkel hat ehrliche Unternehmer, die im Gegensatz zu der steuerflüchtigen Merkel-Klientel der Globalkonzerne immer ihre Steuern bezahlen und Lehrlinge ausbilden, mehrmals massiv belogen. Welches Recht hat die Merkel-Junta eigentlich noch, von anderen Menschen Loyalität einzufordern?

Die Mittelständler haben das Recht voll auf ihrer Seite, und wenn einige von ihnen mutig vorangehen, werden die anderen folgen. Wir dürfen dann aber nicht zu dem Zustand vor dem Corona-Regime zurückkehren. Denn der Krieg gegen den gewerblichen Mittelstand brennt schon seit vielen Jahrzehnten. Der *Lockdown*-Terror ist nur die besonders abstoßende Krönung dieses kriminellen Prozesses. Der kommende Montag muss der Anfang einer neuen Politik sein, bei der die Interessen des gewerblichen Mittelstands und der Arbeiter, Angestellten und Landwirte im Mittelpunkt stehen.

Wir fordern eine Wirtschaft von den Menschen für den Menschen. Nichts weniger. Bitte am Montag bei den aufschließenden Händlern sein und bei ihnen einkaufen! (Siehe auch Feuilleton Seite 15)

»VERSICHERUNGSSCHUTZ ADÉ«

***Bundesregierung stürzt Gesetzliche Krankenversicherungen in den Abgrund** von Hermann Ploppa*

Bundesgesundheitsministerdarsteller Jens Spahn (CDU) genießt die Aussicht aus seiner Millionenvilla und lässt Alte und Kranke über die Klippe springen.

Die Gesetzlichen Krankenkassen (GKV) in Deutschland schlagen Alarm. Das Handelsblatt zitiert den Bundeschef der Allgemeinen Ortskrankenkassen (AOK) Martin Litsch: »Pandemiebedingte Einnahmeausfälle und Mehrausgaben treffen die gesetzlichen Krankenkassen mit voller Wucht. Deshalb müssen jetzt so schnell wie möglich zusätzliche Finanzmittel bereitgestellt werden.« Nichts weniger als ein »umfassender Rettungsschirm für das deutsche Gesundheitswesen« müsse sofort eingerichtet werden. Nach Schätzung aller Beteiligten rollt auf die *Gesetzlichen Krankenversicherungen* in diesem Jahr eine Kostenlawine von sechzehn Milliarden Euro zu, die die GKVs nicht mehr bedienen können. Die Bundesregierung will mit fünf Milliarden Euro das Loch stopfen helfen. Das reicht aber bei weitem nicht.

Die *Gesetzlichen Krankenversicherungen* haben auch keine nennenswerten Rücklagen mehr. Es war ein erklärtes Ziel des jetzigen Bundesgesundheitsministers Jens Spahn (CDU), die stattlichen Polster der GKVs »abzuschmelzen«. Eine Flut von Verordnungen aus dem Hause Spahn hat den GKVs immer mehr Ausgaben aufgedonnert, die zum Teil sicher auch die Situation von Mitarbeitern im Gesundheitsdienst verbesserten. Es ist allerdings keine Kunst, mit kleinen Zugeständnissen an die Leistungsempfänger zu glänzen. Die Leistungen der GKVs wurden in vielen Bereichen drastisch reduziert. Die Kassenpatienten müssen sich jetzt viele Kassenleistungen durch Zusatzversicherungen neu erkaufen, die früher im Standardpaket drin waren. Zum Beispiel im Bereich der Zahnprothesen (»Zahnplus«). Aber den Gesetzlichen ist das nur teilweise anzukreiden. Denn die Kosten, die die öffentlich-rechtlichen Krankenkassen übernehmen müssen, geraten zunehmend aus dem Ruder. Die Krankenkassen müssen beispielsweise immer teurere patentgeschützte Medikamente bezahlen. So zahlten die GKVs alleine im Jahr 2019 nicht weniger als 21 Milliarden Euro für sehr spezielle Medikamente, die nur 6,5 Prozent ihrer Beitragszahler zugutekamen. Zudem stöhnen die Gesetzlichen unter den Kosten so genannter versicherungsfremder Leistungen. Ganz konkret: Für die Einkommensausfälle durch den ersten *Lockdown* im Frühjahr 2020 bei Physiotherapeuten oder Logopäden mussten sie 814 Millionen Euro berappen. An der Bereitstellung von Intensivbetten in Krankenhäusern beteiligten sich die GKVs mit 556 Millionen Euro. Allein im Jahre 2016 brachten die Gesetzlichen einen Betrag von 42,7 Milliarden Euro für versicherungsfremde Leistungen auf, wie das gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Institut ermittelte.

Und jetzt haut Corona richtig in die Bilanzen. Da sind Mehrkosten durch leerstehende Intensivbetten. Und während die Kostenexplosion im Sommer 2020 noch verdeckt wurde durch die Verschiebung von Operationen und anderen ärztlichen Maßnahmen aufgrund des erwarteten und dann nicht eingetretenen Massenansturms von mit dem Leben ringenden Corona-Patienten, kommt jetzt das dicke Ende. Denn die verschobenen Maßnahmen müssen ja nachgeholt werden. Und die Behandlung von Patienten mit fortschreitenden schweren Erkrankungen kommt jetzt um einiges teurer, als wenn sie damals rechtzeitig behandelt worden wären. Die Vergütung der Kassenärzte für die Durchführung von etwa 30 Millionen völlig unsinnigen PCR-Tests ist ebenso ein Aderlass der Krankenkassen wie auch die irgendwann im Jahre 2021 einsetzenden Corona-Impfungen durch Hausärzte.

Die Einnahmen der *Gesetzlichen Krankenkassen* gehen seit einigen Jahren in einen Gesundheitsfonds und werden von dort aus an die einzelnen Kassen verteilt. Das hat sicher auch sein Gutes: Denn manche Kassen haben deutlich mehr alte und kranke Mitglieder als andere Kassen. Haben also im Vergleich deutlich weniger Einnahmen. Das wird durch den Fonds dann wieder ausgeglichen. Aber die Einrichtung des Gesundheitsfonds geht auch einher mit einem deutlichen Verlust an Autonomie für die einzelnen Kassen. Und: Der Gesundheitsminister hat Zugriff auf das Kassenvermögen und kann sich mal eben was aus der Kasse entnehmen für Zwecke, die er selber bestimmt. Und davon hat Spahn im Zusammenhang mit Corona reichlich Gebrauch gemacht. Insofern sind die Funktionäre der GKVs sehr erbost, dass der Bund jetzt für das von Spahn wesentlich mitverantwortete Finanzierungsloch von 16 Milliarden Euro für 2021 nur 5 Milliarden Euro zuschießen will.

WER ZAHLT DIE OPERATION?

Die Gesetzlichen Krankenkassen könnten Ende 2021 pleite sein. Es wurde schon vor zehn Jahren ein Insolvenzrecht für *Gesetzliche Krankenkassen* eingeführt. Wofür? Früher galten die öffentlich-rechtlichen Gesundheitskassen als unzerstörbar. Jede Bundesregierung hätte alles getan, um den Bestand der GKVs unter allen Umständen zu garantieren. Es handelt sich hier um eine hart erkämpfte Errungenschaft von Arbeiterbewegung, Bildungsbürgertum und christlicher Soziallehre. Die öffentlich garantierte Gesundheitsversorgung ist ein Teil der Identität dieses Staates. Das sieht der jetzige Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, der zuvor als Lobbyist der Pharmawirtschaft unterwegs war, allerdings ganz anders. Nicht nur dass Spahn die Kosten seiner Corona-Politik einzig den GKV aufbürdet und die Privaten Krankenversicherungen bei der Kostenbeteiligung schön außen vor lässt. Spahn hat dafür gesorgt, dass die Rücklagen der *Gesetzlichen Krankenkassen* »abgeschmolzen«wurden. Und dass nun die GKVs mit einem Finanzloch von geschätzten elf Milliarden Euro im Regen stehen. Man bedenke: Immer noch neunzig Prozent aller Krankenkassen in Deutschland befinden sich im Besitz der Solidargemeinschaft Beitrag zahlender Bürger. Lediglich zehn Prozent aller deutschen Krankenkassen werden privat betrieben. Da muss doch was zu machen sein? Neunzig Prozent – das ist ein riesiger Zukunftsmarkt für private Finanzinvestoren! Eine Insolvenz der GKVs könnte Volksvermögen in private Hände spülen – zum Schnäppchenpreis. Doch diese verhängnisvolle Entwicklung wird in der einschlägigen *Mainstreampresse* lediglich auf den hinteren Seiten abgehandelt, auf den Frontseiten die Sargparaden der Corona-Toten.

Nur Anja Piel vom Vorstand des *Deutschen Gewerkschaftsbundes* brachte die Dinge in gewohnt zurückhaltender Art von Gewerkschaftlern im September letzten Jahres auf den Punkt: »Minister Spahn nimmt auch bewusst in Kauf, dass viele Krankenkassen bei deutlichen Ausgabensteigerungen künftig nahezu ohne Rücklagen auskommen müssen. Damit bringt die Politik etliche Kassen bewusst in Schieflage. Das macht nur, wer eigentlich einen vollständig liberalisierten Kassen-Wettbewerb und eine Neuordnung der Krankenkassenlandschaft beabsichtigt. Das ist ein Schlag ins Gesicht der sozialen Selbstverwaltung, die in Krisenzeiten dafür gesorgt hat, dass die gesetzlichen Krankenkassen ihre Aufgaben unbürokratisch und flexibel erbringen.«

Frau Piels treffende Worte noch einmal in Klarsprache: »Neuordnung der Krankenkassenlandschaft« bedeutet: Zerschlagung der Gesetzlichen Krankenkassen und ihre Umwandlung in private, profitorientierte und börsennotierte Spekulationsobjekte. Nichts weniger.

POLITBÜRO DES KAPITALISMUS

EXKLUSIVER VORABDRUCK AUS »MEINE PANDEMIE MIT PROFESSOR DROSTEN« | VON WALTER VAN ROSSUM

Wer noch irgendwelche Zweifel am globalen Führungsanspruch des World Economic Forum hegt, der sollte seinen »*Global Redesign Report*« von 2009 Seite für Seite lesen. Er ist in gewisser Weise das Vorläufermodell des »Great Reset«. Es ist vielleicht kein Zufall, dass der 600-seitige Bericht inzwischen dem Zugriff der Öffentlichkeit entzogen wurde. Man darf sicher sein, dass Schwab und die Seinen das Projekt keinesfalls beerdigt haben, im Gegenteil, sie haben in der Zwischenzeit an diversen Stellschrauben gearbeitet.

Im Juni 2019 haben UN und Weltwirtschaftsforum eine neue Partnerschaft vereinbart oder vielmehr die bestehende Partnerschaft ausgebaut. Klaus Schwab und die Seinen übernehmen grosso modo die Finanzierung der UN-Agenda 2030. Man könnte von einem weiteren großen Schritt bei der freundlichen Übernahme der Vereinten Nationen durch das WEF sprechen. Daran wurde lange gearbeitet. Die UN hatte 75 Jahre lang die Rolle eines Weltparlaments improvisiert und wurde je nach Lage von den mächtigsten Mitgliedsstaaten entweder instrumentalisiert, ignoriert oder blockiert. Erhalten geblieben ist die Ruine eines Versuchs von *»Global Governance«*. Auf der anderen Seite repräsentiert das *World Economic Forum* das mächtigste funktionierende globale Netzwerk – allerdings ohne politische oder exekutive Legitimität. »Politbüro des Kapitalismus« trifft es wohl am besten. Man ahnt, warum das WEF so lange um die UN gebuhlt hat – auf der Suche nach einem politischen Arm, der allerdings erst durch die gebündelten Kräfte des WEF schlagkräftig würde.

Man darf sich nicht täuschen: Das WEF ist kein mächtiger Interessenverband, es ist eine global operierende Organisation, die über enormen, wenn auch völlig intransparenten ökonomischen wie politischen Einfluss verfügt. Mitglied beim *World Economic Forum* werden in der Regel nur Konzerne mit einem Jahresumsatz von über 5 Milliarden Schweizer Franken. Die Mitgliedschaft kostet 50.000 Franken im Jahr. Industrie- und strategische Partner bezahlen 500.000 Franken für ihre Teilhabe. Die Macht des WEF besteht nicht in seinem erheblichen Vermögen, sondern in der globalen Vernetzung auf allen Ebenen. Es ist eine Weltmacht, die hinter hohen Mauern operiert und jederzeit Hunderte sogenannter *Hubs* mit jeweils Tausenden von Agenten und Aktivisten mobilisieren kann. Wer sich die Liste der Partner und der Strategischen Partner ansieht, dürfte keinen Zweifel mehr haben, dass der Verein die geballte ökonomische Macht des Planeten versammelt hat – von A. P. Møller-Mærsk bis *Zurich Insurance Group*. Mir fiele kein bedeutendes Unternehmen ein, das nicht dabei wäre.

Das Weltwirtschaftsforum arbeitet in Theorie und Praxis an Großprojekten von enormer Tragweite. Beispielsweise an einem neuen Weltwährungssystem. Wer die Webseite *Shaping the Future of Financial and Monetary Systems* öffnet, kann nur staunen, auf wie vielen verschiedenen Wegen die Organisation daran öffentlich arbeitet. Ganz zu schweigen von den weniger öffentlichen. Das Forum als neoliberale Sturmtruppe zu betrachten hieße, es dramatisch zu unterschätzen. Das Forum hat seit geraumer Zeit verstanden, dass das Wüten des Kapitalismus Flurschäden hinterlassen hat, die er selbst nicht mehr korrigieren kann – unter den herrschenden Bedingungen. Die Aufgabe der globalen Reorganisation des Kapitalismus hat das WEF allerdings nicht zu einer Art Nachfolger der Sozialistischen Internationale werden lassen, man wird sein Walten auch kaum humanitär inspiriert nennen können. Sein Selbstverständnis entspricht am ehesten dem einer technokratischen Avantgarde. Im Zeichen dieser Mission strebt das Weltwirtschaftsforum nach Weltherrschaft.

2020 kündigt das WEF gar eine potente Verstärkung an: die Gründung von *»2030Vision«*. »2030Vision ist der neu gegründete Zusammenschluss der von Arm Steiner im Dezember 2017 ins Leben gerufenen *2030Vision*-Partnerschaftsinitiative mit der vom Weltwirtschaftsforum im Januar 2020 ins Leben gerufenen Frontier 2030-Initiative. Die neue Initiative *2030Vision* ist im gemeinsamen Besitz und wird gemeinsam geleitet von den Gründungspartnern. Die beiden Vorstandsvorsitzenden sind Simon Segars, CEO, Arm und Achim Steiner, Administrator des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP).«

Eine Menge mächtiger Unterstützer sind dabei: Amazon, Web Services, Arm, BT Group, Cisco, Facebook, Fauna & Flora International, Google.org, Regierung von Botswana, Hewlett Packard Enterprise, Huawei Technologies, International Telecommunication Union (ITU), McKinsey & Company, MTN Group, Overseas Development Institute, Project Everyone, PwC, Salesforce, SAP SustainAbility, Unilever, United Nations Children's Fund (UNICEF), United Nations Development Programme (UNDP). Und warum genau diese Konzerne und Institutionen so gut zur Agenda 2030 der UN passen, erklärt *2030Vision* sehr einleuchtend: »70 % der 169 globalen Zielvorgaben können direkt durch fortschrittliche Technologien unterstützt werden. Dies bedeutet, dass die Technologiebranche eine wichtige Rolle bei der Bewältigung einiger der größten Herausforderungen der Welt spielt. Um die globalen Ziele in den nächsten 10 Jahren zu verwirklichen, müssen die Prioritäten auf der Systemebene verschoben werden, und es müssen erhebliche Hindernisse überwunden werden. Zu diesem Zweck mobilisiert die Plattform einzigartige Kooperationen zwischen Technologieunternehmen, Regierung, Zivilgesellschaft und internationalen Organisationen. *2030Vision* soll die herausragende globale öffentlich-private Partnerschaft sein, die den Einsatz verantwortungsbewusster Technologien zum Nutzen der globalen Gesellschaft fördert." Kann man es deutlicher sagen? Wir brauchen eine neue Benutzeroberfläche. Systemwandel. Und das WEF arbeitet mit aller Macht daran.

Das Buch »Meine Pandemie mit Professor Drosten – Vom Tod der Aufklärung unter Laborbedingungen« des Investigativjouranlisten Walter van Rossum erscheint am 29. Januar 2021 im Rubikon-Verlag.



Im »War Room« (Kriegskabinett) der Konzernmafia mit Rockclowns und instrumentalisierter Panik. Die Häppchen wie immer exquisit. Bildmontage mit einem Bild aus dem Film »Dr. Strangelove oder: Wie ich lernte die Bombe zu lieben« von Stanley Kubrick. Montage DW/Sandjaja

MELDUNG

Mehr als 1,2 Millionen Menschen von Altersarmut betroffen

Brüssel/DW. Laut der EU-Statistikbehörde Eurostat waren in Deutschland im Jahr 2019 rund 1,2 Millionen Menschen im Alter von 75 Jahren von Armut bedroht – doppelt soviele wie 10 Jahre zuvor. Als armutsgefährdet gelten Menschen mit einem monatlichen Nettoeinkommen von weniger als 60 Prozent des regionalen Mittelwerts. Aufgrund der Corona-Maßnahmen verschärft sich die Situation weiter. (eka)

Alle Geheimdienste sollen Staatstrojaner nutzen dürfen

Berlin/DW. Das Bundeskabinett hat am 20.10.2020 die Novelle des Verfassungsschutzgesetzes beschlossen. Der Gesetzentwurf regelt die Möglichkeiten der Quellen-Telekommunikationsüberwachung (Quellen-TKÜ). Der sogenannte Staatstrojaner soll nun nicht mehr auf den Einsatz von Bundes-Verfassungsschutz und BND beschränkt sein, sondern auch alle 16 Landesämter für Verfassungsschutz und der MAD sollen Endgeräte hacken dürfen. Deutsche Polizeibehörden haben 2019 den Staatstrojaner in 357 Fällen eingesetzt. (eka)

Professor tritt aus Protest aus Mainzer Akademie der Wissenschaften aus

Tübingen/DW. Thomas Aigner, Geologie-Professor an der Universität Tübingen, ist aus der Mainzer Akademie der Wissenschaften ausgetreten. In seinem Rücktrittschreiben vom 19.12.2020 an den Akademiepräsidenten Reiner Anderl bezieht er sich auf die 7. ad-hoc-Stellungnahme der Leopoldina. In ihr wird ein harter Lockdown empfohlen. Aigner begründet seinen Schritt u. a. damit, dass das knapp fünfseitige Leopoldinapapier „einer ehrlichen, kritisch-abwägenden, am Dienst und am Wohle des Menschen orientierten Wissenschaft nicht würdig" sei. Weiter schreibt Aigner, dass er es mit seinem Gewissen nicht vereinbaren könne, ein Teil dieser Art von Wissenschaft zu sein. Auch Michael Esfeld, Wissenschaftsphilosoph an der Universität Lausanne und Mitglied der Leopoldina, hatte bereits am 8.12.2020 in einer Protestnote aufgefordert, diese Stellungnahme zurückzuziehen. (eka)

GoogleYouTube sperrt weiterhin oppositionelle Medien

San Francisco/DW. Der protofaschistische *Google-YouTube*-Konzern agiert weiterhin gegen freie Presse, Verfassungsgrundsätze und Menschenrechte. In Deutschland sind davon renommierte Journalistenportale wie *KenFm.de, rubikon.news, LibertyMedia* und viele weitere betroffen. Ihr vorgebliches Vergehen: Sie haben oppositionelle Professoren und Rechtsanwälte zu Wort kommen lassen oder Meinungen abgebildet, die nicht vollständig auf der Linie der Regierungspropanda sind. (ale)

ALLES NUR S

EIN MEDIENBERICHT ZUM JAHRESAUFTAKT 2021 VO

Na, das war ja mal eine Show, die uns das *ZDF* zum Jahreswechsel geboten hat! Und mit »Show« meine ich auch wirklich (nur) »Show«. Der meist geguckte TV-Kanal des Jahres 2020 hat zum krönenden Jahresabschluss nochmal alle Register gezogen, um den GebührenzahlerInnen so richtig etwas vorzugaukeln.

Die Silvestersendung »Willkommen 2021« war die reinste Show. Schon Tage vorher wurde die Bühne vor dem Brandenburger Tor weiträumig abgesperrt. Dort, wo in den vergangenen Jahren die Menschen live unter freiem Himmel der Veranstaltung beiwohnten, ist nun eine Bannmeile. Johannes B. Kerner und Andrea Kiewel moderieren das TV-Spektakel diesmal vor leeren Straßen, überspielen die Tristesse vor Ort aber so gut sie können, sind schließlich echte Profis. Doch das *ZDF* geht lieber auf Nummer sicher, greift zusätzlich in die verstaubte Trickkiste der 90er und spielt dauerhaften Applaus vom Band ein, damit die 3,58 Millionen ZuschauerInnen auch ja vor ihren Bildschirmen in Feierlaune versetzt werden. Man darf nicht vergessen, dass ab 14 Uhr der Alkoholverkauf verboten ist und sich die Regie nicht darauf verlassen kann, dass sich alle rechtzeitig eingedeckt haben, um sich die künstlich inszenierte Heiterkeit eigenständig anzutrinken.

Auch die Show-Gäste, die in schlechter Bildqualität aus deren Wohnkerkern zugeschaltet werden, geben sich redlich Mühe, vor ihren *Webcams* zu schunkeln und das fröhliche »new normal« namens Ausgangssperre *online* zu simulieren. Während im Fernsehen nach allen Kräften das brave »Wir bleiben zu Hause« kolportiert wird, strömen zeitgleich hinter den Kulissen – also in der Realität direkt vor Ort – friedliche Menschen in die Nähe des Brandenburger Tors, um das neue Jahr unter freiem Himmel zu begehen. Eine Polizeikette drängt sie auf der Straße Unter den Linden zurück in Richtung Alexanderplatz, damit sie sich von der Bannmeile entfernen und die Show im Staatsfernsehen ungestört weitergehen kann. Dort setzt eine Tanztruppe der Veranstaltung derweil die Krone – um nicht zu sagen: die Maske – auf. Die leicht bekleideten TänzerInnen performen ebenso hipp wie maskiert vor den Kameras und dürften sich mit dieser Gratiswerbung für Vermummung wohl in die Herzen aller Maskenhersteller tanzen.

MIT KNALLERN IN DAS NEUE JAHR

Ach ja, und dann ist ja da noch die Frage, ob es das traditionelle Feuerwerk geben wird. Das *ZDF* wollte, dann wieder nicht, obwohl das Bezirksamt Mitte trotz des Pyroverbots rund ums Brandenburger Tor (das zu den 56 kurzfristig ausgerufenen Berliner Böllerverbotszonen gehört) für den Staatssender eine Ausnahme genehmigte. Sender-Sprecherin Anja Scherer hatte es kurz zuvor noch richtig spannend gemacht: »Auf die Zuschauer wartet um Mitternacht eine besondere *Live*-Inszenierung, die ein Feuerwerk auf ganz andere Weise möglich macht.« Und? Wie sieht das aus? Letztlich werden doch noch ein paar echte Raketen gezündet, die allerdings – sicher ist sicher - mit einer Lichtshow-Animation kombiniert werden, damit es pünktlich um Mitternacht auf den Bildschirmen zumindest virtuell ordentlich knallt. Was das *ZDF* nicht zeigt: Parallel knallt es hinter den Kameras ganz real zwischen der Polizei und den friedlichen Bürgern, die inzwischen auf die Höhe der Staatsoper gedrängt wurden. Ein junger Mann mit ausländischem Hintergrund hält eine Flasche Sekt in der Hand, um im Freien das neue Jahr zu begießen, es ist schließlich Silvester.

Die Berliner Ordnungskräfte reagieren auf diese altherkömmliche Tradition neuerdings allergisch und schlagen ihm die Flasche aus der Hand, mit dem Hinweis: »Alkohol verboten!« Der Mann beschwert sich, dass sie das nicht dürfen, die Flasche sei schließlich sein Eigentum. Woraufhin sich vier Polizisten auf ihn stürzen, ihn zu Boden reißen, auf ihn einschlagen und ihm den Schlagstock auf seinen Knöchel drücken, bis er schreit: »Mein Knöchel bricht!« und um Luft ringt: «Halt mir nicht den Mund zu! Halt mir nicht den Mund zu!« Die umstehenden Passanten empören sich: »Hört auf! Schämt euch!«, während weitere Beamten sie am Filmen hindern. Auch Autofahrer bleiben stehen und rufen: »Aufhören!« Antwort der Beamten: »Weiterfahren!« Die vier Polizisten lassen zwischenzeitlich von dem am Boden liegenden Mann ab, doch sobald er sich bewegt, schlagen sie erneut zu. So geht es mehrmals hintereinander, im Grunde veranstaltet die Polizei hier eine ganz eigene *Live-Show* namens Polizeigewalt, bis die Kleidung des Opfers vollkommen zerfetzt, sein Auge stark geschwollen ist und sie ihn schließlich in einen Polizeiwagen schleifen. Willkommen 2021! Auf der offiziellen Internetseite der Hauptstadt wird übrigens schon jetzt für die nächste Silvesterparty geworben. Mit dem Hinweis: »Sofern die Veranstaltung stattfinden kann, werden am Donnerstag, den 31.12.2021 die Tore um 14 Uhr geöffnet. Um 20:15 Uhr überträgt das *ZDF* die *Live*-Sendung Willkommen 2022 direkt von der Silvesterfeier am Brandenburger Tor und ab 00:30 Uhr steigt dann die große Party mit DJ-Unterhaltung.« Na dann, gute Unterhaltung!



Das ummauerte Brandenburger Tor zur Silvesternacht. Die Regierungsshow sollte nicht d

Dass die Medien eine Riesenshow abziehen, dürfte mittlerweile niemandem entgangen sein. Es sei denn, dass sie 2020 komplett verschlafen haben, wie man es rückblickend bei einigen Köpfen der öffentlich-rechtlichen Sender fast vermuten könnte.

BRETT VOR DEM KOPF

September 2020: *WDR*-Programmdirektor Jörg Schönenborn wendet sich per Mail an seine Belegschaft und berichtet von zwei Menschen in seinem privaten Umfeld, die ihn »ratlos« zurückgelassen hätten. Denn: Sie hätten kritisiert, dass es renommierte Wissenschaftler gebe, die in den Medien totgeschwiegen würden. (Ach, tatsächlich?) Abgesehen davon, dass der Programmchef offenbar nur zwei kritische Menschen kennt und sage und schreibe ein halbes Jahr braucht, um überhaupt einen kritischen Ton zu vernehmen, will der Journalist, der uns ansonsten vor allem aus seinen Wahlberichterstattungen bekannt ist, der Kritik an der Corona-Berichterstattung mal so richtig auf den Grund gehen. (Guten Morgen, Herr Schönenborn!) Er will wissen, ob seine RedakteurInnen vielleicht ähnliche Begegnungen gehabt hätten und ob die ZuschauerInnen womöglich spüren, »dass unsere Empathie für Demos von *Fridays for Future* größer ist als die von Querdenkern – obwohl doch unsere Berichterstattung gleichermaßen sachlich sein müsste?« Angesichts dieser Verwunderung muss man sich schon wundern. Hat Herr Schönenborn in den vergangenen sechs Monaten etwa geschlafen? Hat er kein Internet? Oder kommt er einfach aus dem Mustopf?

Zwei Wochen später schreibt er erneut eine Mail an seine RedakteurInnen: Seine erste Mail habe »soviele Reaktionen ausgelöst, wie ich es hier in der Programmpost noch nicht erlebt habe.« Viele KollegInnen hätten doch tatsächlich von ähnlichen Begegnungen berich-



Andrea Kiewel (l.) und Johannes Kerner (r.) führten im ZDF durch die Parade des Regimes. Die Regierungsinsel war abgesperrt und der Applaus kam aus der Konserve. Bildmontage: DW/Jill Sandjaja



Das ist der Berliner Dom. Hier feierten am Heiligabend m durch die Polizei von der kirchlichen Herberge vertrieben w

SHOW!

ON CASEY KONETH



urch die Bevölkerung gestört werden. Foto: Steve Schramm

tet. (Man höre und staune!) Außerdem gebe es eine *online*-Petition an die *ARD* mit der Forderung, »dass die *ARD* namentlich benannte Virologen und Epidemiologen bei Anne Will miteinander diskutieren lassen möge.« Die Petition fordert eine Sondersendung mit dem Titel »Wie gefährlich ist Corona?«, in der Christian Drosten und bisher ignorierte Experten wie Epidemiologe Sucharit Bhakdi und Mediziner Wolfgang Wodarg aufeinander treffen. 63.571 Menschen (also GebührenzahlerInnen) haben die Petition unterschrieben. Dazu Jörg Schönenborn an seine MitarbeiterInnen: »Ich glaube nicht, dass eine *Talkshow* der beste Ort für wissenschaftliche Debatten ist. Und schon gar nicht für eine Auseinandersetzung darüber, was Fakt ist und was gefühlte Wahrheit.«

Schon seltsam. Wieso sollte ausgerechnet ein TV-Format, das per Definition in einer Debatte besteht, kein geeigneter Ort dafür sein? Noch dazu bei einem Thema, das uns alle ausnahmslos betrifft, und zwar nicht nur irgendwie am Rande, sondern bis ins Mark unserer Existenz. Uns allen wurden grundgesetzwidrige Maßnahmen auferlegt, mit dem Argument, dies sei medizinisch geboten. In den Bundespressekonferenzen werfen selbst Merkel & Co mit Begriffen wie »Inzidenzwert«, »R-Faktor« und »exponentielles Wachstum« um sich, um die Verstöße gegen unsere Verfassung zu rechtfertigen. Aber in einem TV-Format, in dem vom Mindestlohn bis zum Klimawandel über alles Mögliche debattiert wird, soll keine Auseinandersetzung darüber stattfinden, ob das Argument für die Streichung unserer Grundrechte wissenschaftlich haltbar ist? Schauen wir doch mal, wer in den *Polittalkshows* (also auch bei Anne Will) so eingeladen war. *Talkshow*-König 2020 ist mit 14 Auftritten SPD-Brandstifter Karl Lauterbach, der sich mit Wirtschaftsminister Peter Altmaier den ersten Platz teilt. Unter den Top 33 der Gäste mit den meisten Auftritten rangieren aber auch die VirologInnen Jonas Schmidt-Chanasit (9 Auftritte), Melanie Brinkmann (8 Auftritte), Alexander Kekulé (7 Auftritte), Hendrik Streeck (7 Auftritte), Christian Drosten (4 Auftritte). Und da sind die Auftritte bei Lanz noch nicht mal mitgezählt. (Ups.) Einige WissenschaftlerInnen waren also durchaus rege in den Talkshows vertreten. Nur halt immer dieselben und anstatt zu debattieren haben sie in das Horn der Regierung geblasen. Herr Schönenborn scheint zum Thema Talkshow also seine eigene »gefühlte Wahrheit« zu haben. Oder hatten seine beiden kritischen Bekannten womöglich doch recht, dass wissenschaftliche Gegenmeinungen gezielt totgeschwiegen werden?

NOCH MEHR GELD FÜR DIE REGIERUNGSPRESSE?

Als Reaktion auf die Petition organisierte die *ARD* statt einer ausgewogenen Talkshow-Debatte dann im November eine abgekapselte Videokonferenz mit fünf Unterstützern der Petition und sieben leitenden *ARD*-RedakteurInnen. Laut eigener Aussage hatte die *ARD* das Gespräch angeboten, »damit wir zu Kritik, Sorgen und Vorschlägen der Petenten in einen Dialog kommen und miteinander reden, statt übereinander – das ist für uns als öffentlich-rechtliche Sender, die dem Gemeinwohl dienen, wichtig«. Aha. Auf die geforderte Sondersendung warten die GebührenzahlerInnen bis heute. So wichtig ist den Sendern das Gemeinwohl dann wohl doch nicht.

Die Erhöhung des Rundfunkbeitrags hingegen schon. Sogar wichtig genug, um vor das Verfassungsgericht zu ziehen. Nachdem Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) gegen die von der KEF um 86 Cent auf 18,36 Euro vorgeschlagene Erhöhung stimmt, bricht unter den Rundfunkfunktionären der Tumult los, als seien soeben ihre persönlichen Grundrechte untergraben worden. (Kleiner Scherz am Rande.) *ARD, ZDF* und *Deutschlandradio* beantragen vor dem Bundesverfassungsgericht die vorläufige Erhöhung des Rundfunkbeitrags, da sich sonst ab Januar 2021 das Programm verschlechtern werde (kein Scherz!) und dies ihre Rundfunkfreiheit irreparabel verletze. Der Eilantrag wird abgelehnt. Begründung: Die Rundfunkanstalten haben nicht ausreichend begründet, dass ihnen vor der endgültigen Entscheidung schwere Nachteile entstehen. Das Hauptsacheverfahren läuft noch. Unterdessen erhalten die Rundfunkanstalten Rückenwind von Regierung. Kulturstaatsministerin Monika Grütters spricht sich im Namen der Bundesregierung dafür aus, das Verfahren zur Festlegung der Finanzierung der Öffentlich-Rechtlichen zu überarbeiten, denn es dürfe »in seiner Struktur nicht den Unsicherheiten medienpolitischer Debatten ausgeliefert« sein. Willkommen im öffentlich-rechtlichen Staatsfernsehen.

Ach ja, und einmal dürfen Sie raten, wer mit 36 Millionen ZuschauerInnen absolute Quotenkönigin 2020 ist. Genau! Angela Merkel mit ihrer Corona-Ansprache im Frühjahr. Da kann man nur sagen: Die Lage ist ernst. Nehmen Sie sie auch ernst. Und entsorgen Sie mit dem Weihnachtsbaum auch gleich noch Ihr TV-Gerät auf die – zumindest im Fernsehen – menschenleer gefegte Straße. Sie werden nicht viel verpassen.



Am 3. Januar 2021 kamen auf dem Alexanderplatz (Berlin) etliche Demokraten zusammen. Foto: Susanne Köhler



mehrere Demokraten das Fest, bis sie urden. Foto: Steve Schramm

DIE BÖSEN GEISTER VERTREIBEN

KOMMENTAR *von Sophia-Maria Antonulas*

Was für eine Silvester-Inszenierung: Seit Tagen meldeten die Verkehrsanzeigetafeln auf Berlins Straßen, »Querdenker-Demo verboten«. Das Brandenburger Tor und das Regierungsviertel sind großräumig abgesperrt, das einfache Volk wird davon fern- und vermeintliche Köpfe der Demokratiebewegung von der Polizei stundenlang festgehalten. Nichts soll das potemkinsche Dorf stören. Dort regieren allerdings die althergebrachten Denkmuster. So wird übersehen, dass die Schwarmintelligenz immer besser funktioniert und viele Leute keine AnführerInnen mehr brauchen. Eine steigende Anzahl von Menschen liest wieder zwischen den Zeilen der Leitmedien, und die anderen lernen es gerade. Denn schließlich übt diese Stadt auf Quer- und Andersdenkende schon immer eine unwiderstehliche Anziehungskraft aus.

Berlin lässt sich das Feiern nicht nehmen und scheint sogar nur noch aus genau jenen QuerdenkerInnen zu bestehen, vor denen so massiv gewarnt wurde. Kaum schlägt es Mitternacht, strömen die Menschen wie jedes Jahr auf die Straßen und Plätze der Stadt, um das neue Jahr zu begrüßen. Vor den Häusern, auf Kreuzungen und Brücken stoßen NachbarInnen und Partygäste mit einem Gläschen Sekt an und umarmen einander. Sie tanzen die Polonaise und begrüßen das neue Jahr mit einem stundenlangen Feuerwerk. Böller begleiten die Rufe: »Keine unsinnigen Regeln mehr! Fuck 2020! Weg mit den bösen Geistern!« Es tut den Leuten sichtlich gut, zu sehen, dass die vom Haus gegenüber doch keine DenunziantInnen sind. Man fällt sich um den Hals und feiert sogar Verlobung – mit Ringen, nicht aus dem Kaugummiautomaten, sondern aus dem Drogeriemarkt, weil die Juwelierläden geschlossen sind.

»KEINE UNSINNIGEN REGELN MEHR«

Am ersten Sonntag im neuen Jahr dann die nächste Überraschung – es schneit. Das weiße Vergnügen bleibt seit Jahren mal wieder liegen, und die Menschen strömen in die Parks wie sonst nur am ersten Frühlingstag. Großeltern, Mütter und Väter bauen mit lachenden Kindern Schneemänner, die zwar dank dem märkischen Sand mehr grau als weiß sind, aber trotzdem voll Stolz mit aufs Familienfoto kommen. Die Schlitten werden freudig ausprobiert, Schneebälle fliegen durch die Lüfte und im Hintergrund wird Beachvolleyball gespielt. Inzwischen verkosten die Kleinsten voll Genuss das Schnee-Sandgemisch. Der gesunde Menschenverstand überwiegt. Das Leben geht weiter. Und zumindest für die ersten Tage des neuen Jahres scheinen die bösen Geister tatsächlich vertrieben.

»The Great WeSet«

KOMMENTAR VON ALEXANDRA MOTSCHMANN, DEMOKRATIEBEWEGUNG MÜNCHEN

Wir schreiben das Jahr 2021 und momentan scheint die Welt in Angst und Schrecken versetzt zu sein. Angst war immer schon ein schlechter Ratgeber und führt gerade bei vielen zu einer Schockstarre.

Nun jede Zeit birgt ihre ureigenen Herausforderungen und der Wandel hört nie auf. Jede Krise ist auch eine Chance. Wir lernen aus der Vergangenheit und können nur die Gegenwart gestalten, indem wir uns Bilder für die Zukunft erschaffen und diese als selbstbestimmte Wesen (als der Souverän) umsetzen, um unsere gemeinsame Welt zu einem Garten Eden zu verwandeln.

Wir sind das Volk, wir sind Menschen, wir sind liebende Kreaturen und sind an der Stufe zu einer neuen Gesellschaft, die mit Respekt und Achtsamkeit die Zukunft positiv gestaltet. Ich und denke viele andere auch sprechen immer wieder gerne die Worte Sokrates' an die Athener bei seiner »Eines weiß ich, dass ich nichts weiß«.

Alle Gedanken, so unterschiedlich sie auch sind, sind wichtig und bereichern jeden Einzelnen im Geiste, und auch die Gemeinschaft. Wenn wir uns die Geschichte nochmals ansehen, dann nehmen wir wahr, dass sich manche Dinge wiederholen und die Menschheit erneut aus den Fehlern lernen musste, aber auch, dass die Zeit was ganz Neues hervorbringen kann, was noch nicht bedacht worden ist.

BÜRGER, ARBEITER, KÜNSTLER

Während der Französischen Revolution ging das Großbürgertum mit auf die Straße und stand für eine neue Epoche ein; Ahnliches kann man momentan feststellen. Heute ist es der Bürger, der Kapitalist, der Arbeiter, der Künstler; aus allen Schichten der Gesellschaft formiert sich eine neue Ära, in der der Souverän, also der wählende Bürger, seine Stellung als Geschöpf Gottes oder im Universum selbst zu bestimmen weiß und somit seine eigene Gegenwart verändern kann.

Je mehr Informationen wir erhalten, desto mehr werden wir wissen – und desto mehr können wir vernünftig verändern. Wir wissen, dass wir eine Welt sind, die wirtschaftliche Nachhaltigkeit mit Blick auf ökologischer und menschlicher Gesundheit fördern sollten. Wir brauchen neue Wege sowohl für Unternehmen als auch Regierungen für eine bessere Zukunft.

Die menschliche Natur ist interessant und komplex; ein Wesen, das lernen und wachsen kann. Wie Darwin in seiner Evolutionstheorie erwähnt hat, »wirkt natürliche Selektion nur, indem sie geringfügige, aufeinanderfolgende Variationen ausnutzt; sie kann niemals einen großen und plötzlichen Sprung machen, sondern muss durch kurze und sichere, wenn auch langsame Schritte vorankommen.« So räumte Darwin ein: »Wenn nachgewiesen werden könnte, dass ein komplexes Organ existiert, das möglicherweise nicht durch zahlreiche aufeinanderfolgende, geringfügige Modifikationen gebildet werden konnte, würde meine Theorie absolut zusammenbrechen.«

DEMOKRATIE WAGEN

Die darwinistische Evolution basiert auf Wettbewerb und einem Kampf ums Überleben, aber in unserer gemeinsamen Zeitgeschichte haben wir erkannt, dass Bildung und Lernen für unsere Zukunft und die Grundlage des Wachstums unvermeidlich wichtig sind. Der Mensch ist vielfältig und variantenreich, sodass er in seiner Komplexität so wundervolle Eigenschaften besitzt, dass man es mit einer Malerei verbinden kann, die in ihrer Farbenpracht nie aufhört, sich zu verwandeln und jedem Betrachter inneren Reichtum schenkt.

Sicher sind wir auch zu einer Welt geworden, aber jedes Land, jede kleine Gemeinde ist einzigartig und wie die Artenvielfalt bei den Tieren auch etwas Wundervolles. Interkulturelles Management muss für unsere immer stärker voneinander abhängige Welt von großer Bedeutung sein. Die grundlegende Säule jeder interkulturellen Kommunikation ist Respekt, Höflichkeit und Toleranz. Es ist eine gute Praxis zu verstehen, wo potentielle Hindernisse in der Kommunikation und Anpassung liegen.

Alles neu macht der Mai, auch neue Wirtschaftstheorie des Staates oder neue Ideologien der Wirtschaft innerhalb der Wirtschaft können zu neuen und besseren Wegen innerhalb unserer Gesellschaft führen, um ein nachhaltigeres Leben zu schaffen, das die Grundlage für das veränderte Wachstum und die Entwicklung der nächsten Generationen sein wird, eben auch für eine wertvollere und gleichberechtigte Welt für alle Menschen.

DIE ZUKUNFT SETZEN WIR

Wir würden vorschlagen, dass unsere Regierungen den Zugang zu genauen, unterschiedlichen und auch kontroversen Informationen nicht nur als Menschenrecht definiert, sondern diesen auch offen kommuniziert, wobei Regierungen diesen Zugang unterstützen sollten und die Richtigkeit von Informationen konsequent durchsetzen sollten. Sobald der Bürger erkennt, dass dies nicht mehr der Fall ist, wird es ein Misstrauensvotum geben und Machtbegrenzung wird ein sehr wichtiges Thema der Zukunft werden.

Die Milliarden von uns, die mit breiten Informationen ausgestattet sind, werden sich als die mächtigste Kraft der Welt herausstellen, um Handel, Ökologie und Regierung in allen Dimensionen zu einem nachhaltigen Lebenskonzept und liebevollem Umgang mit dem Menschen und der Natur zu führen. Die letzten Monate haben immer deutlicher gezeigt, dass der kostbarste Besitz des Menschen das Bewusstsein ist, also ein mentaler, geistig-seelischer und ja, auch der ethische Zustand von Wachheit, Klarheit und Reife, der Urteils-, Einsichts- und Beziehungsfähigkeit beeinflusst. Ohne diese Wachheit, Klarheit und Reife wären wir nicht imstande, rationale und ethisch-moralische Entscheidungen zu treffen.

Ohne emotionale Achtsamkeit und Empathie wären wir unfähig zu Liebe, Mitgefühl und Verantwortung, wir wären Teil der dunklen Triade, der Narzissten, Psychopathen und Machiavellisten. Das Bewusstsein des Menschen lenkt seinen freien Willen, der ihm innewohnenden unveräußerlichen Menschenwürde und festigt sich in einer stabilen Persönlichkeit durch sein Selbstbewusstsein und seine Selbstbestimmung.

Aber das Bewusstsein des Menschen ist formbar, manipulierbar, korrumpierbar, zerstörbar, es wird zweckgerichtet angesprochen, beispielsweise von der Werbung, der Schule, den Kirchen beziehungsweise Religionen, dem Staat, den Banken, Versicherungen et cetera!

ACHTSAMKEIT

Schopenhauer erwähnte, dass der heitere, lebhafte, richtig umfassende Verstand, das Bewusstsein oder die Bewusstheit im Sinne einer bewussten Wahrnehmung, also des Für-wahr-Haltens, oftmals von verschiedenen, sehr einflussreichen Interessengruppen gelenkt, geführt und beherrscht wird. Dies scheint momentan auch wieder der Fall zu sein, da nicht wenige intelligente und gebildete Personen sich durch ein Regime irreführen lassen.

Orientierung und Selbstwirksamkeit kann der Mensch nur in für ihn überschaubaren, regionalen Strukturen erhalten, in denen seine unmittelbare Mitverantwortung für das Gemeinschaftsgefüge (dieses umfasst sowohl die menschliche Gemeinschaft als auch die sie umgebende Umwelt und Mitgeschöpfe) für ihn erfahrbar wird.

Liebe, Mitgefühl, Barmherzigkeit und Hochachtung vor dem Leben erwachsen aus positiven Beziehungserfahrungen sowie Anerkennung und Achtsamkeit gegenüber den Bedürfnissen des Menschen und seiner direkten Umwelt. Dieses setzt voraus, dass Beziehungen in einem sicheren und überschaubaren Rahmen gelebt werden können und nicht in erstarrten, überregionalen oder gar globalen Strukturen erstickt werden.

Jedes Individuum ist aufgefordert, seine Eigenverantwortung zu erkennen und sich aktiv in die Gestaltung einer menschenwürdigen Gegenwart einzubringen, damit unsere Erde und somit wir Menschen eine Zukunft haben, die wir setzen und in der die Freude und das Glück allen offenbart werden können.

10.000 NEUE MITGLIEDER!

Kind der Demokratiebewegung: Die Demokratische Gewerkschaft wächst rapide | von Johnny Rottweil

Nach der Gründung der Demokratischen Gewerkschaft (DG) am 2. August 2020 im Berliner Mauerpark wuchs die DG kontinuierlich an. Nachdem nun die Kampforganisation der Lohnabhängigen in der Bundesrepublik startklar ist und mit zwei Interviews in die Öffentlichkeit trat, sind seit Jahreswechsel über 10.000 neue Anmeldungen zur Mitgliedschaft eingegangen.

Das Grundsatzprogramm, Mitgliedsausweise und ein Hygiene- und Saalschutz für Versammlungen der Gewerkschaft in ganz Deutschland sind im Aufbau. Mitglieder befinden sich in allen Branchen und Behörden, die Kampfbereitschaft wächst täglich.

Nötig wurde die Gründung einer neuen Gewerkschaft durch das Generalversagen der DGB-Gewerkschaften unter »Corona«. Aus dem Vorstandsrat der DG drang durch, dass das Grundsatzprogramm insbesondere auf folgende Punkte eingehen wird, wie Vorstandsmitglieder Daniel Ré und Anke Wolff dieser Zeitung mitteilten:

· *Gesetzliche Mitbestimmung auf Unternehmensebene paritätisch (hier sollen die bereits bestehenden Mitbestimmungsgesetze 1976, Drittelbeteiligung und Sprecherausschuss durch das Montan aus 1951 ersetzt werden)*
· *Materielle und immaterielle Partizipation der Arbeiter*
· *Produktivitätsorientierte Lohnpolitik*
· *Progressive Steuergesetzgebung*
· *Primäre und sekundäre Steuergesetzgebung (adäquat!)*
· *Arbeitsprogramm zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit*
· *Tarifliche und gesetzliche Absicherung von Weiterbildung*

Weiter heißt es: »Kommt zu den Demos, informiert Euch und arbeitet dort mit, wo wirklich an einer besseren Zukunft gearbeitet wird! Die DG ist JETZT wichtig. Die DG ist JETZT richtig! Ich zolle jedem meinen Beifall und Respekt, die/der JETZT aktives Mitglied wird. Du stehst nicht allein mit einer Schaufel vor einem Berg, wenn Du in Gemeinschaft mit vielen schaufelst. Gemeinsam werden wir den Berg abtragen können!«

Siehe demokratischegewerkschaft.de

»This is not America«

***Danke: Händler öffnen ihre Pforten** | Kommentar von Batseba N'Diaye*

Ausgangssperre, Singeverbot, Kinder quälen, Alte isolieren — und ein fanatisches Lügenregime. Mit der Verlängerung des zweiten »Lockdowns« weiß es jeder: Der Corona-Krieg wird gegen Mittelstand, Händler und Arbeiterschaft geführt.

Wie 1933 werden erstmals in Deutschland wieder Ladenbetreiber und Gewerbe von der eigenen Regierung angegriffen mit dem Ziel, deren wirtschaftliche Existenz zu vernichten. Eine zur Mafia-Bande entwürdigte Polizei soll dabei zum willigen Vollstrecker werden. Dagegen stehen rund 250.000 Ladenbetreiberinnen und -betreiber in unserer Bundesrepublik auf. Sie sagen: »Wir machen auf!«

Darunter die Blumenhändlerin Sophie Scholz-Herzstein* aus Göttingen: »Wir werden unseren Betrieb, der seit 1976 in Familienbesitz ist, mit allen Mitteln verteidigen! Frau Merkel und ihr perverses Schweinekabinett können ja persönlich vorbeikommen. Wir halten ein ganz schönes Bouquet für Madame und ihre Räuber und Mafiananden bereit!« Harte Worte aus der nachvollziehbaren Erschütterung heraus, dass die Regierung nicht für die Bürger, sondern für die sprunghaften Umsatzzuwächse der Digitalkonzerne und Logistiker arbeitet – und nun totalitär offensiv gegen den Mittelstand vorgeht.

Scholz-Herzstein schreibt auf Nachfrage der DW-Redaktion zu ihrem Online-Posting: »Unser Leben ist im Griff seelisch Kranker. (...) Das akzeptieren wir nicht. Wir werden um unser Leben kämpfen. Wir machen auf! Sollen sie kommen und schauen, was sie davon haben.« Die Scholz-Herzsteins betreiben ihren Blumenladen in Niedersachsen mit zwei Familien in der Nachfolge der Gründerin Hannah-Roswitha Herzstein und deren Freund Bernd.

Nach dem Ausbruch des Bürgerkriegs in den Vereinigten Staaten von Amerika am vergangenen Mittwoch, bleibt den deutschen Händlern und Gewerbetreibenden nur zu sagen: »This is not America!« Wie David Bowie sang: Dies ist nicht Amerika. Die deutsche Demokratiebewegung ist friedlich und wird sich durchsetzen. Hierzulande haben bereits soviele Polizisten remonstriert, dass es unvorstellbar ist, dass es hier zu staatlichem Mord und Totschlag kommen kann.

Sicher bin ich mir nicht mehr: Mittlerweile traue ich dem Merkel-Fans und *ARD/ZDF* sogar eine Mordslust zu.



Bilder aus dem zweiten »Lockdown«: »Ninth Fort Regency Modus« von Louise Mary Lenz, Studie/ Collage, Variation mit dem Capitol, Tintendrucker und Ölfarbe auf US-Letter-Papier, Berlin 2021

Denken hilft

Interview mit dem Philosophen und Autor Werner Köhne

DW: Werner Köhne, wie erleben Sie die derzeitige Situation?

Werner Köhne: Es gab sie ja schon mal, die »bleierne Zeit«. Ich erlebte sie 1977 als Tramper an der Autobahnauffahrt, als zwei bewaffnete Ordnungshüter auf mich zueilten. Heute kommt mir ein Satz des Philosophen Peter Strasser in den Sinn, um unser Leben im Hier und Jetzt zu kennzeichnen: »Wir haben die Lust am Leben eingetauscht gegen die Gier, nicht sterben zu müssen.«

Wie sieht momentan Ihr Alltag aus?

Schon sichtlich angejahrt genieße ich einen Zustand relativer Freiheit – nach Jahrzehnten im zuletzt immer enger werdenden Kulturbetrieb. Als Bauernjunge, der in seiner Kindheit von einem sonnigen Frühlingsmorgen ebenso betäubt war wie vom Tod eines Schweins, ist mir alles zuwider, was Leben und Tod in Systeme zwängt.

Ihr Werk »Minima Mortalia«, das im Dezember 2020 erschien, operiert im Titel mit Anklängen an den weltberühmten Philosophen Theodor Adorno. Warum?

Als Altenpfleger, damals auch in der Psychiatrie tätig, las ich in der Nachtwache auf der geschlossenen Station die »Minima moralia«. Es machte »Rums« in meinem Kopf, ich verstand fast nichts, aber ahnte vieles. Ein wunderbarer Anfang für Erkenntnis. Keiner nahm mich bei der Hand. So lernte ich das Denken: Das reflexiv ästhetisch ausgreifende Denken, das Adorno so glänzend beherrschte.

»Im medinzinhistorischen Museumstrakt der Berliner Charité ist eine Sammlung von menschlichen Organen zu sehen«, lautet in »Minima Mortalia« der Beginn eines Kapitels, in dem Sie zum erkennenden Erlebnis von Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit gelangen, wie es der deutsche Dichter Georg Büchner als Medizinstudent beschrieb. Ist Büchner denn etwa kein Nazi oder Reichsbürger?

Büchner wirbelte die frühe Moderne auf, indem er der eher abstrakten Aufklärung eines Kant eine neue Perspektive zuordnete: die Geschichte der Körper, der leidenden, mitleidenden, aber auch der zum Glück fähigen Kreatur. Dies ist sein Beitrag zur Gleichheit und Demokratie. Gibt es Perfideres, als ihm oder auch einer unbeugsamen Heilpraktikerin aus Schwäbisch Gmünd, die sich um Demokratie sorgt, zu unterstellen, sie seien Nazis?

Sind Sie denn nicht auch ein »weißer, alter Mann« und damit im Grunde identisch mit dem vermeintlichen Feindbild Donald Trump?

Wer bringt solche Zuschreibungen, die hart am Rande einer rassistischen Äußerung liegen,eigentlich in Umlauf? Während man gerade in corona-hysterischer Zuspitzung die vielen weißen Alten zu retten vorgibt, werden sie andererseits zugunsten einer irgendwie besseren Zukunft, ausgesondert. Da halte ich es mit den Indianern: Ich altes weißes Mann, *howgh*, ich habe gesprochen. – Ich habe fertig.

Wer wird die US-Präsidentschaftswahl am Ende gewinnen?

Natürlich der, der sich mit Silicon Valley und *Goldman Sachs* einvernehmlich macht.

Sie legen Wert darauf, einen weiten Blick auf die Corona-Krise zu werfen und sich nicht einseitig im Kampf gegen den gleichgeschalteten Mainstream aufzureiben. Warum?

Wir leben in einer Kultur der Statements. Viele gieren danach, einem Statement mit einem Gegenstatement zu begegnen. Dem wollte ich entgehen. Es gibt viele Vorgeschichten, die Licht in diese Pan-, Wahn- und Plandemie werfen lassen. Ich möchte einige davon erzählen.

Was ist mit Ihren Kollegen Peter Sloterdijk und Richard David Precht los? Die scheinen politisch ja völlig verwahrlost...

...aber erfolgreich. Ich nenne vier Titel ihrer Werke: »Kritik der zynischen Vernunft«, »Regeln für den Menschenpark«, »Lenin kam nur bis Lüdenscheid« und »Wer bin ich – und wenn ja, wie viele«. Alles Bewerbungen für den Zeitgeist. Noch Fragen?

Werden Sie sich impfen lassen?

Wenn es soweit ist mit der Zwangsimpfung, werde ich mich endgültig in die Wälder des Sauerlandes zurückziehen. Als *wood-figthing man*, der im ungünstigten Fall – man spürt mich auf – mit diesem schönen Ausruf das Zeitliche segnet: »Viva la muerte!«

Aber Frau Merkel liebt uns doch alle?

Mag sein auf ihre Art. Aber von der Poesie des Lebens versteht sie nichts, wie übrigens alle KrisenmanagerInnen. Also versteht sie auch nichts von der Liebe.

Die Fragen stellte Anselm Lenz.



Die Verleger Hendrik Sodenkamp (l.) und Anselm Lenz (r.) zu Gast bei Buchautor und Dokumentarfilmer Dr. Werner Köhne. *Siehe Seite 2.*

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

WO UNRECHT ZU RECHT WIRD, WIRD WIDERSTAND ZUR PFLICHT
BERTOLT BRECHT

Art. 146 *Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) — Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 32. Ausgabe ab Samstag, 9. Januar 2021. | Redaktionsschluss war am 7. Januar, 11 Uhr. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. **| Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus zu verlangen, der ihnen vollständig zugutekommt. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an K.D.W. e.V., **IBAN DE72 1101 0100 2235 4091 57**.

Chefredaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp (stlv.) **Chefin vom Dienst:** Sophia-Maria Antonulas **Ressortleitung Wirtschaft:** Hermann Ploppa **Ressortleitung Politik:** Ullrich Mies **Demokratiebewegung:** Samuel Gfrörer **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Chris Stein, Anselm Lenz **Illustrationen und Bildredaktion:** Jill Sandjaja, Ute Feuerstacke **Redaktion:** Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Tamara Ganjalyan, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Clark Kent, Doro Neidel, Dirk Pohlmann, Dr. med. Alexander Richter, Erich Kartmann. Johnny Rottweil, Aya Velázquez**. V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH i. Gr., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.